

# Evangelische Verantwortung



DR. HERMANN EHLERS  
(1952–1954)



DR. ROBERT TILLMANNS  
(1954–1955)



DR. GERHARD SCHRÖDER  
(1955–1978)



PROF. DR. ROMAN HERZOG  
(1978–1984)



THOMAS RACHEL  
(2003–>)

60 Jahre  
EAK



ALBRECHT MARTIN  
(1984–1990)



JOCHEN BORCHERT  
(1993–2003)



DR. ANGELA MERKEL  
(1992–1993)



PETER HINTZE  
(1990–1992)

Jubiläumsausgabe

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Evangelische Verantwortung vor Gott und den Menschen bedeutete für den EAK von Anfang an, evangelische Christinnen und Christen für die Mitarbeit in der Politik zu gewinnen.*

vom 14. bis 16. März 1952 fand unter der Leitung von Hermann Ehlers die allererste Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Siegen statt. Im Zentrum dieser Gründungsveranstaltung stand ein Begriff, der bis heute für den EAK zentral und prägend geblieben ist und der aus gutem Grund seit 1953 den Namen dieses Magazins trägt: Evangelische Verantwortung. Evangelische Verantwortung vor Gott und den Menschen bedeutete für den EAK von Anfang an, evangelische Christinnen und Christen für die Mitarbeit in der Politik zu gewinnen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit des persönlichen Einsatzes für das Gemeinwesen auch von dezidiert protestantischer Seite

aus zu stärken und zu fördern.

Schon Hermann Ehlers litt unter der fehlenden Bereitschaft vieler Menschen auf evangelischer Seite, sich selbst der politischen Verantwortung zu unterziehen. Er kritisierte: „Wir haben im deutschen Protestantismus viel zu lange die Vorstellung gehabt, dass man zwar leicht Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ratsherren und Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre, Minister, Bundesminister und Bundestagsabgeordnete kritisieren könne, dass man aber das Vorrecht habe, sich von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fern zu halten, um in Neutralität und Objektivität umso gründlicher darüber urteilen zu können.“

In der Bindung an das Wort der Heiligen Schrift, in der Erkenntnis der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und der damit verbundenen Nichtvertretbar- bzw. Nichtdelegierbarkeit der eigenen glaubensgebundenen Gewissensentscheidung warb und wirbt der EAK deshalb bis heute unermüdlich für sein ganz besonderes Verständnis von politischer Verantwortung: Eine Verantwortung, bei der das gemeinsame Ringen um

die besten Antwortversuche auf die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Sachfragen der Zeit aufs Engste mit der Wertegebundenheit und Integrität des persönlichen Glaubens- und Lebenszeugnisses verbunden ist.

„Evangelische Verantwortung – gestern und heute“ ist daher das Motto, zu dem ich Sie ganz herzlich zur Festveranstaltung anlässlich unseres 60-jährigen EAK-Jubiläums einladen möchte, das wir gemeinsam am historischen Gründungsort in Siegen feiern wollen. Ich würde mich freuen, Sie bei unserem Festakt mit anschließendem Empfang begrüßen zu dürfen. Anmeldungen für diese einmalige Veranstaltung sind noch möglich (s. S. 12). Da wir bewusst auf einen Tagungsbeitrag verzichtet haben, bitten wir herzlich um eine Spende zur Deckung unserer Unkosten (s. Überweisungsformular auf der letzten Seite dieser Ausgabe). Allen Spenderinnen und Spendern darf ich an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Das vorliegende Sonderheft der „Evangelischen Verantwortung“ versammelt aus Anlass unseres 60. Geburtstages besondere Grußworte von Wegbegleitern, Mitstreitern und Freunden aus Kirche und Politik sowie ein kleines Florilegium programmatischer und richtungsweisender Beiträge der bisherigen Bundesvorsitzenden. Zusätzlich wird im März eine von unserem EAK-Bundesgeschäftsführer, Christian Meißner, überarbeitete und ergänzte Neuauflage der mittlerweile vergriffenen Festschrift von Gottfried Mehnert und Albrecht Martin erscheinen, die die gesamte bisherige Geschichte des EAK bis heute beleuchtet und auf die ich Sie ebenfalls ganz besonders hinweisen möchte (s. S. 31).

Ich wünsche mir, dass der EAK auch in den künftigen Jahrzehnten dieses einzigartige, unverwechselbare und lebendige Diskussionsforum bleibt, das die Union in ihrer unverzichtbaren Selbstverpflichtung auf das „C“ weiterhin prägt und nach vorne führt. Lassen Sie uns auch in Zukunft gemeinsam für eine Politik eintreten, die auf der Basis des christlichen Menschenbildes Profil zeigt und somit einen Beitrag leistet gegen Politik- und Demokratieverdrossenheit und für Glaubwürdigkeit und Wertebindung.

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 3 Geburtstagsgrüße zum Jubiläum
- 10 Der EAK gestern und heute – Beiträge aus 60 Jahren
- 12 Einladung zum Jubiläumfestakt nach Siegen
- 34 Die Bundesvorsitzenden des EAK seit 1952

# Geburtstagsgrüße

| *Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker*

**D**em Evangelischen Arbeitskreis und seinen Mitgliedern gelten zu seinem Geburtstag meine herzlichen Wünsche.

Immer war und bleibe ich seinem Gründer Hermann Ehlers dafür dankbar, dass und wie er uns geholfen und stets wieder ermahnt hat, den rechten Weg zu finden, der uns zur Bitte der Mitgliedschaft geleitet hat.

Es ging und geht nicht um Erfolge gegenüber anderen, sondern um das eigene Gewissen und Handeln.

Heute wie damals stehen wir vor entscheidenden Herausforderungen in unserer Welt. Ihnen mit unseren Kräften und unserer Achtung vor dem menschlichen Sein hilfreich zu begegnen, bleibt unsere Aufgabe.

In Erinnerung an die vergangenen sechzig Jahre erhoffe ich für den EAK bei uns auch in der kommenden Zeit eine klare Stimme evangelischer Verantwortung.



| *Günther Beckstein MdL, Vizepräsident der EKD-Synode,  
Ministerpräsident des Freistaates Bayern a.D.*

**D**er protestantische Theologe und Publizist Friedrich Schleiermacher hat über seinen Ehrentag einmal recht lakonisch gesagt: „An meinem Geburtstag ließ sich freilich das Gewicht dieser Zeit nicht ganz abschütteln; aber ich bin damit ganz zufrieden; denn es trägt sich am leichtesten, wenn man es beständig fühlt.“ Wäre der EAK eine Dame oder ein Herr, sie oder er könnte sich heute ganz ähnlich fühlen wie weiland der alte Schleiermacher. Denn das Gewicht der Zeit, es wog in der Tat schwer, als engagierte Christen aus den Reihen der CDU und der CSU den EAK im Jahre 1952 ins Leben riefen.

1952 war ich neun Jahre alt. Ich erinnere mich noch gut an die zumeist subtilen, bisweilen aber auch ganz offenen konfessionellen Grabenkämpfe im mittelfränkischen Hersbruck und später dann in Nürnberg. Die Nonnen eines katholischen Werks in Hersbruck beispielsweise hängten jedes Jahr am Karfreitag demonstrativ im Freien ihre Wäsche auf. Allen, die es sehen oder nicht sehen wollten, sollte damit gezeigt werden, dass der höchste Feiertag der Protestanten für die Katholiken bei weitem nicht die Bedeutung hat, wie sie aus katholischer Sicht dem Ostersonntag

zukommt. Die Protestanten bekamen ebenso periodisch wiederkehrend die Gelegenheit zur Revanche: An Fronleichnam entwickelten wir Buben beim Teppichklopfen eine wahre Leidenschaft – in der diabolischen Hoffnung, dass bei den Adressaten dieser Aktion unsere Leidenschaft tatsächlich auch das entsprechende Leiden schafft.

In diese Situation protestantisch-katholischen Widersachertums hinein wurde der EAK gegründet. Durch die Gründung zeichneten sich die Unionsparteien als Vorreiterinnen der Ökumene aus zu einer Zeit, als die Ökumene für die Kirche selbst noch ein Fremd-, ja, sogar ein Tabuwort war. Aber nicht nur das Streben nach einem neuen ökumenischen Geist stand Pate: Nur zu deutlich war den Handelnden in Erinnerung, wie unselig die politische Konkurrenz zwischen den protestantischen Deutschnationalen und dem katholischen Zentrum während der Weimarer Republik gewirkt hatte und wie sehr NSDAP und KPD aus dieser wechselseitigen Absorption ihren Nutzen ziehen konnten. Vor diesem Hintergrund hatte man bewusst den Fehler vermieden, nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal zwei eigenständige



christliche Parteien zu gründen: Eine starke Partei sollte es sein, eine christliche Volkspartei, in der man sowohl dem Katholizismus als auch dem Protestantismus der Mitglieder gerecht werden würde. Die Begründung eines evangelischen Arbeitskreises einige Jahre später war in dieser Perspektive kein Akt der nachträglichen Abgrenzung evangelischer Christdemokraten und Christsozialer, sondern nicht weniger als eine kluge Fortsetzung und Ausdifferenzierung des ökumenischen Anspruches, den die Gründerväter der Unionsparteien sich gestellt hatten.

Heute, 60 Jahre später, können wir sagen: Der EAK hat diese seine Aufgabe, den ökumenischen Anspruch der Unionsparteien zu verkörpern und mit Leben zu füllen, mit Bravour gemeistert. Er trägt ein Wesentliches dazu bei, das Profil der CDU und gerade der katholisch geprägten CSU unter einem protestantischen Blickwinkel zusätzlich zu schärfen. Ein deutlich wahrnehmbares Sprachrohr in der Union ist er den Protestanten – ein Sprachrohr, das auch von Entscheidungsträgern und gesellschaftlich Verantwortlichen außerhalb von CDU und CSU wahrgenommen wird. Noch viel mehr als früher ist es seine Aufgabe darzulegen, für welche Grundsätze die christlichen Parteien stehen und welches Menschenbild sie ihrer Politik zugrunde legen.

Betont sei aber auch: Nicht nur die christlichen Parteien sind es, denen der EAK gut tut. Auch dem Protestantismus in Deutschland selbst! Ich zitiere dazu Hermann Ehlers, den ersten Bundesvorsitzenden des EAK: „Wir haben im deutschen Protestantismus viel zu lange die Vorstellung gehabt, dass man zwar sehr leicht Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ratsherren und Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre, Minister, Bundesminister und Bundestagsabgeordnete kritisieren könne, dass man aber das Vorrecht habe, sich von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fern zu halten, um in Neutralität und Objektivität um so gründlicher darüber urteilen zu können.“

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich bin nicht der Auffassung, dass ein Pfarrer immer auch Politiker sein muss, um die Politik kritisieren zu können. Ich meine aber sehr wohl, dass die Kirche die Situation des christlichen Verantwortungsethikers in der realen Politik und in der realen Gesellschaft im Auge haben

muss, wenn sie urteilt. Es gab und gibt in der evangelischen Kirche durchaus eine linke Schlagseite – vor allem dann, wenn es darum geht, Sachverhalte alleine auf der Basis des Wünschenswerten, nicht aber auf der Grundlage der realen Faktizität zu bewerten. Hier ist der EAK das richtige Forum und das richtige Instrument, den deutschen Protestantismus beizeiten auch wieder auf den Boden der Realität zurückzuholen und dezent darauf zu verweisen, dass Kirche stets überparteilich sein muss. Allzu weit gehende Äußerungen zur Tagespolitik lassen das Evangelium Schaden nehmen. Zu Recht erwarten die Menschen von den Kirchen kein Hirtenwort zu den neuen Steuerplänen der Regierung, sondern ethische Leitplanken für das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Ich bin froh, dass es den EAK gibt. Von den zahlreichen vertrauensvollen Kontakten mit Vertretern des EAK profitiere ich. Und ich fühle mich wohl im geistigen Umfeld des EAK, weil er Politik, Protestantismus und Ökumene in einer Weise kombiniert, die mir – dem leidenschaftlichen Politiker, dem überzeugten Protestanten und dem Kind des 20. Jahrhunderts – sehr sympathisch ist. Daher sage ich dem Jubilar von Herzen alles Gute. Weiterhin wünsche ich ihm jene schleiermachersche Leichtigkeit, die aus der Vergangenheit schöpft und in die Zukunft blickt.



Prof. Dr. Martin Hein  
Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen Waldeck

Öffentliches und politisches Engagement ist ein Wesensmerkmal evangelischen Christseins. Das war schon in der Reformationszeit so. Viele Stadtreformationen sind von engagierten Bürgern und Bürgerinnen auf den Weg gebracht und gegen oft lebensgefährliche Widerstände durchgesetzt worden. Dabei meint protestantisches Engagement nicht nur, dass diejenigen, die „an der Macht“ sind, sich dem evangelischen Bekenntnis verpflichtet fühlen, sondern dass jeder Christenmensch zur Anteilnahme am öffentlichen Geschehen aufgerufen ist. Im Brief an die Römer spricht Paulus davon, dass der Einsatz für die Nächsten, ja sogar für die Verfolger und die Gegner, „vernünftiger Gottesdienst“ sei. Das ist eine starke Vorgabe, an die sich der Protestantismus immer wieder gerade in Krisenzeiten erinnerte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es beispielsweise evangelische Wirtschaftswissenschaftler und Juristen, die sich im „Freiburger Kreis“ versammelten und während der zu Ende gehenden Zeit des Nationalsozialismus über eine gerechte, am Evangelium ausgerichtete Nachkriegsordnung nachdachten – Gedanken, die unmittelbar über Ludwig Erhard in die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft einfließen.

In den letzten Jahren sind es die Themen der Medizinethik und der Grenzen des Wachstums, des Umgangs mit den Ressourcen der Natur und der Verteilung von Arbeit oder der politischen Willensbildung außerhalb der Parlamente, die eine protestantische Position herausfordern. Denn es gibt durchaus konfessionelle Unterschiede etwa in der Begründung ethischer Konzeptionen. Auch die Vorstellungen über Rolle und Aufgabe des Staates haben mitunter konfessionelles Kolorit. Dann zeigt sich, dass Konservativität und Progressivität nicht einfach konfessionell zugeordnet werden können, sondern dass man sehr wohl politisch konservativ und gleichzeitig modern protestantisch sein kann. Das zu erkennen ist wichtig, wenn man politische Entscheidungsprozesse und Argumentationsgänge verstehen will.

Es ist nur zu begrüßen, dass in einer Partei, die von ihrer Herkunft her eher ein römisch-katholisches Profil hatte, evangelische Christinnen und Christen sich erkennbar als solche engagieren. Sie tun das unter konkreten Prämissen: Weder haben

die verfassten Kirchen das Recht, auf politische Entscheidungen direkt Einfluss zu nehmen, noch kann die Politik in die Entscheidungen und Entwicklungen der Kirchen eingreifen. Doch dürfen beide, zumindest aus protestantischer Sicht, einander auch nicht ignorieren – weder als gesellschaftliche Teilsysteme, weil es zu viele Überschneidungen gibt, noch in der Person des Politikers oder der Politikerin. Wer sich in der politischen Gestaltungsarbeit dem evangelischen Bekenntnis verpflichtet weiß, unterliegt auch der für Protestanten so typischen Bindung des Gewissens an Gottes Wort und Weisung.

In den politischen Parteien und Gruppierungen muss es Plattformen geben, auf denen der Austausch stattfinden kann. Der „Freiburger Kreis“ hat das damals modellhaft vorgeführt, indem er politischen, juristischen und ökonomischen Sachverstand durch theologisches Expertenwissen schärfte und so zu protestantisch begründeten Positionen gelangte. Umgekehrt ermöglicht dieses Verfahren den Kirchen ihrerseits, profiliert zu Fragen Stellung zu nehmen, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse waren. Der EAK leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dieses Gespräch innerhalb einer großen Volkspartei und mit der Evangelischen Kirche nicht verstummen zu lassen. Deswegen kann ich dem EAK nur wünschen, auch weiterhin protestantische Stimmen – fern aller konfessionellen Rechthaberei – in der CDU laut werden zu lassen. Politisches Engagement von Christinnen und Christen ist nicht per se parteipolitisch, aber wenn sie parteipolitisch aktiv sind, sollte ihr Christsein auch in einer persönlichen Färbung erkennbar sein.

Ich freue mich, dass der Arbeitskreis in politisch und religiös schwierigen Zeiten Gehör findet, und wünsche ihm weiterhin Gottes Segen.

*Prälat Dr. Bernhard Felmborg, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union*

Ich gratuliere dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU sehr herzlich zu seinem runden Geburtstag. 60 Jahre sind ein stolzes Alter. Viel ist in dieser Zeit erreicht worden, für vieles ist zu gratulieren; ich bin dankbar, dass auch ich einen kleinen Teil zu dieser Erfolgsgeschichte beitragen konnte.

Schön an diesem besonderen Geburtstag ist auch, dass wir uns keine Gedanken machen müssen über die Vitalität des Jubilars. Der EAK hat Saft und Kraft, und seine Aktivität wird auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen. Sie kann es auch gar nicht. Denn die Notwendigkeit des im Arbeitskreis durch den Vorstand und andere Engagierte in evangelischer Freiheit vollzogenen Denkens und Handelns besteht unzweifelhaft nach wie vor: Die Bedeutung des Christlichen in der Politik von CDU und CSU, die Besinnung auf die Fundamente protestantischer Verantwortung und die Orientierung am Evangelium müssen wach gehalten, vermittelt und gestärkt werden – heute wie in Zukunft. Dass es in der Union seit 60 Jahren Menschen gibt, die sich dezidiert darum kümmern, die ihre Partei immer wieder an die grundlegenden christlichen Werte und damit an die Wurzeln von CDU und CSU erinnern, verdient unseren großen Respekt.

Dieses Wirken ist umso verdienstvoller, als dass die Stimme des EAK nicht immer gern gehört wird. Die Mahnung an grundlegende christliche Werte ist oft unbequem und sie löst bisweilen Konflikte aus, wo ein Konsens doch so viel bequemer wäre. In solchen Fällen darf nicht vergessen werden, dass es gerade der theologisch-ethische „Think Tank“ des Evangelischen Arbeitskreises ist, der Wesentliches zur Schärfung des Parteienprofils beiträgt. Was wäre die Union in einer Zeit, in der immer mehr Bürger den Verlust von politischer Unterscheidbarkeit der Parteien beklagen, ohne den Evangelischen Arbeitskreis?! Ich erinnere nur an die Debatte um die Präimplantationsdiagnostik (PID). Unermüdlich hat der EAK, allen voran der Bundesvorsitzende Thomas Rachel, auf die mit diesem Verfahren verbundenen ethischen Probleme hingewiesen. Auch im Blick auf die Problematik der Spätabtreibung war die Stimme des Arbeitskreises deutlich vernehmbar.



Das ethische Urteil des EAK wurde gehört – und das nicht nur im Parlament. Durch seine bundesweite Struktur sorgt der Arbeitskreis dafür, dass solche hoch komplexen ethischen Themen von Bürgerinnen und Bürgern überall in Deutschland wahrgenommen und diskutiert werden. Das ist in vielfacher Hinsicht beispielhaft: Wenn in Landes- und Kreisverbänden des Evangelischen Arbeitskreises über Stammzellforschung und Sterbehilfe diskutiert wird, dient dies jedem einzelnen Beteiligten zur Erweiterung seiner oder ihrer Kenntnisse, zur Orientierung oder Vergewisserung. Die Erinnerung daran, dass nicht nur wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Fragestellungen unser Leben bestimmen, ist außerdem eine äußerst heilsame. Und nicht zuletzt kann die Erkenntnis der Komplexität gewisser Themenbereiche Verständnis wecken für den oft als mühsam empfundenen Prozess der politischen Entscheidungsfindung. Damit ist ein weiterer Schritt gegen die allgemein deutlich empfundene Politikverdrossenheit getan.

Viele Wünsche werden anlässlich dieses Jubiläums an den EAK herangetragen. Als Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland wünsche ich mir, dass die Brücke, die der Arbeitskreis zwischen christdemokratischer und christsozialer Politik einerseits und meiner Kirche andererseits schlägt, auch in konfliktreichen Zeiten – sei es auf Bundes- oder Landesebene – immer wieder einvernehmlich, belastbar und tragfähig bleibt.

Ich wünsche dem EAK ein langes Leben! Und ich wünsche uns allen, dass sich die Unionsparteien ihrer Verantwortung für eine angemessene Ausstattung des Arbeitskreises bewusst sind. Damit der EAK nicht doch noch irgendwann zum Pflegefall wird. Ich hoffe darauf, dass den Verantwortlichen immer vor Augen bleibt: Die Arbeit des EAK ist nicht etwa eine hübsche Ornamentik, sondern betrifft die Substanz christlichen politischen Denkens und Handelns.



Volker Kauder MdB, Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Z**u seinem sechzigjährigen Bestehen gratuliere ich dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU im Namen der gesamten Bundestagsfraktion und auch persönlich sehr herzlich. Die Mitglieder des Arbeitskreises hat stets in besonderem Maße die Überzeugung ausgezeichnet, dass wir als Christen dazu aufgerufen sind, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Wir sind nicht nur zu ihrer Beobachtung oder Bewertung angehalten, sondern auch und vor allem zur politischen Gestaltung. Für den deutschen Protestantismus war diese Überzeugung über einen langen Zeitraum nichts Selbstverständliches. Dass sich gleichwohl im Jahr 1952 eine Gruppe engagierter Christen zusammenschloss, um der Politik der Unionsparteien einen kontinuierlichen protestantischen Impuls zu geben, war schon im Jahr der Gründung des Arbeitskreises von unschätzbarem Wert und hat bis heute nichts von seiner Bedeutung verloren – im Gegenteil.

Wir leben heute in einer Zeit, die uns mit vielen komplexen nationalen und globalen Herausforderungen konfrontiert. Viele Menschen verunsichern diese Herausforderungen und lassen sie immer häufiger an die Politik die Frage richten, welche übergeordneten Wertmaßstäbe ihrem Handeln zugrunde liegen. Den Menschen können wir auf diese Frage eine klare Antwort geben: Als Parteien, die seit mehr als 60 Jahren das „C“ in ihrem Namen führen, verpflichtet uns das christliche Menschenbild in allen unseren Entscheidungen. Welcher Wurzel unserer Parteien man sich in besonderem Maße auch immer verbunden fühlen mag – der konservativen, der sozialen oder der liberalen –, es sind das christliche Menschenbild und seine Werte, nämlich die Würde und die Freiheit des Menschen, die uns einen und die unser Handeln leiten.

Damit der Hinweis auf das christliche Menschenbild im politischen Alltag nicht formelhaft scheint, bedarf er der beständigen Konkretisierung und des Dialogs mit den Kirchen. Diskussionen um das „C“ in unseren Parteinamen sind deshalb keine bloßen Rituale, sondern auch außerhalb von Grundsatzprogrammdebatten und Parteitagen dringend notwendig, um unseren politischen Kurs regelmäßig am christlichen Menschenbild ausrichten und auf diese Weise unserem Anspruch gerecht werden zu können.

In den vergangenen sechs Jahrzehnten hat innerhalb der Union der Evangelische Arbeitskreis in vorbildlicher Weise Brücken zwischen unseren Parteien und Kirche und Gesellschaft geschlagen, intensive gedankliche Anstrengungen auf die Frage nach der konkreten Ausgestaltung des christlichen Menschenbildes im politischen Alltag verwandt und damit Entscheidendes für eine Politik aus christlichem Geist geleistet. Die Reihe der Themen, die er über diesen langen Zeitraum aufgegriffen hat, geben hiervon ein beredtes Zeugnis. Es waren und sind Themen wie die Bewahrung der Schöpfung, der demografische Wandel, die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die Zukunft von Ehe und Familie, die inzwischen grenzenlos anmutenden Möglichkeiten der Biotechnologie, Fragen des Lebensschutzes sowie die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Für all diese Politikfelder hat der Evangelische Arbeitskreis die Überzeugung des christlichen Glaubens in die Politik eingebracht. Wenn das christliche Menschenbild die Seele unserer Parteien ist, dann gebührt dem Evangelischen Arbeitskreis das Verdienst, sie über die langen Jahrzehnte seines Bestehens lebendig entfaltet zu haben. Dafür gilt allen Mitgliedern des Arbeitskreises mein besonderer Dank.

Auch heute, in einer pluralen Gesellschaft, in der eine wachsende Anzahl von Menschen dem christlichen Glauben fernsteht, besteht kein Grund, sich als Glaubender zu verstecken. Das gilt im selben Maße für Politiker, die sich in ihrem Handeln auf ihren christlichen Glauben berufen. Denn eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ist keine Politik allein für Christen, sondern für alle Menschen in unserem Land. So wünsche ich dem Evangelischen Arbeitskreis, dass er in diesem Sinne auch in Zukunft seine Stimme weiter kraftvoll erheben kann, wie er es in der Vergangenheit getan hat: mit ganzer Kraft und ganzem Herzen, mit Weitsicht, Augenmaß und nicht zuletzt der Fröhlichkeit eines Christenmenschen.

| Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière

In seiner bewegenden Trauerrede für Hermann Ehlers, der am 29. Oktober 1954 völlig überraschend – im Alter von nur 50 Jahren – verstorben war, sagte Carlo Schmid:

*„Er war ein im konservativen Weltbild verwurzelter Mensch, aber er war ein überzeugter Demokrat und Mensch. Alles, was am überkommenen Konservatismus bloßes Obrigkeitsdenken war, war seiner Vorstellung von dem, was unseren Staat bewegen sollte, meilenfern.“*

Schmid fuhr fort: *„Und weil dieser Konservative vom Obrigkeitsstaat nichts wissen wollte, deswegen konnte er, ohne einen Bruch zwischen Sein und Tun fürchten zu müssen, ein starkes, ungebrochenes Parlament ebenso leidenschaftlich wollen wie einen Staat der Autorität.“*

*„Konservativ sein heißt, in Gegensätzen leben zu können.“* Diesen Satz zitierte Hermann Ehlers gerne. Wie ernst er es damit meinte, das bekam auch Bundeskanzler Konrad Adenauer immer wieder zu spüren:

Während hitziger Debatten im Bundestag, dem *„etwas verwilderten Hohen Hause“* – wie Ehlers den ersten Deutschen Bundestag gerne liebevoll nannte – rief Bundeskanzler Konrad Adenauer den Bundestagspräsidenten Ehlers wiederholt auf, lästige Zwischenrufer des Saales zu verweisen – ohne Erfolg. Ehlers stritt wie kaum ein anderer dafür, den anders Argumentierenden ernst zu nehmen.

Wenn wir heute in der CDU darüber diskutieren, was es heißt *„konservativ“* zu sein, oder wenn wir darüber streiten, was es heißt, *„Profil“* zu zeigen, dann sind wir gut beraten, uns an Menschen wie Hermann Ehlers zu orientieren.



Wir können von ihnen lernen, worauf es wirklich ankommt: Ziel unseres Handelns sollte es auch heute sein, die sich uns stellenden Aufgaben ohne Bruch zwischen Sein und Tun wahrzunehmen. Und dazu gehört eben auch, dass wir zunächst Ansprüche an uns selbst stellen. Dazu gehört, dass wir streng mit uns selbst sind. Und dazu gehört, dass wir *„konservativ sein“* als Haltung begreifen und nicht als Katalog von Positionen und Inhalten, die wir für unantastbar erklären.

*„Politik“* – so Hermann Ehlers im Jahr 1951 – *„kann nur dann mit einer Verheißung von Erfolg und Dauer betrieben werden, wenn sie ihre Grundlage nicht nur in Äußerlichkeiten und Oberflächlichkeiten, sondern in wirklich geistigen Fundamenten hat.“*

*„Mit ihm“* – so sagte Theodor Heuss über Herrmann Ehlers – *„starb ein Stück deutscher Zukunft“*. Das mag so sein. Sein Geist jedoch lebt fort, auch in der Arbeit des EAK: Offenheit, Freude an der Kontroverse und Respekt gegenüber dem *„politischen Gegner“* – diese Überzeugungen prägen seit 60 Jahren die Arbeit des EAK.

Und so soll es auch bleiben. In diesem Sinne wünsche ich uns allen auch für die Zukunft einen starken EAK, der – abseits von ideologischen Profildebatten – differenziert und engagiert *„Verantwortung vor Gott und den Menschen“* wahrnimmt.



Prof. Dr. Gerd Langguth, Institut für politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn

Eine interessanteste Zeit im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU war meine Mitgliedschaft in der Studiengruppe. Als ich RCDS-Bundesvorsitzender wurde, wurde ich sogleich vom damaligen EAK-Bundesgeschäftsführer Peter Egen gefragt, ob ich denn in diese Studiengruppe eintreten wolle. Später wurde ich dann auch Bundesvorstandsmitglied.

Die Studiengruppe des EAK war eine zensurfreie Zone, in der man alles sagen konnte, was man wollte – und das auf sehr hohem Niveau. Ich traf dort Staatsmänner an, die man mit fast leuchtenden Augen betrachten konnte. Den Vorsitz hatte zu meiner Zeit Wilhelm Hahn, damals Kultusminister in Baden-Württemberg. Hahn war ein mutiger evangelischer Theologe, der in Estland aufgewachsen ist und nach der Ermordung seines Vaters durch die Rote Armee im Jahre 1919 mit seiner Familie nach Deutschland floh. Ebenfalls beeindruckend war sein Stellvertreter in der Studiengruppe, Kai-Uwe von Hassel, ein 1913 in Deutsch-Ostafrika (heute Tansania) geborener Politiker, der immerhin bis 1963 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein war, Bundesminister der Verteidigung und Präsident des Deutschen Bundestages. Und schließlich war dort der bayrische EAK-Vorsitzende Werner Dollinger, auch ein ehemaliger Bundesminister (unter anderem für Post und Telekommunikation), ein Ziegeleibesitzer aus Neustadt an der Aisch, ein frommer Unternehmer, der aus dem Stegreif manche Predigt halten konnte. Zu jenen weisen Männern gehörte auch Phillip von Bismarck, der immer wieder die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hochhielt.

Das waren alles Personen von kräftigem protestantischen Schrot und Korn – und es war eine Freude, mit ihnen zu diskutieren. Zu jenem Kreis gesellten sich dann auch damals relativ jüngere Personen wie etwa Peter Hintze, ein späterer CDU-Generalsekretär, Geza Conring, eine Pfarrerin, oder Pastor Laube. Dann war ein interessanter Gesprächspartner immer wieder Pastor Dr. Gottfried Mehnert. Auch spielte eine Rolle Pfarrer Stammeler, der die Wiedergründung der Evangelischen Verantwortung mit herbeigeführt hat.

Der Kreis war ein besonders interessanter, wurde doch durch ihn die Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises intensiv vorbereitet und die jeweiligen Referenten ausgewählt. Es wurden auch Positionspapiere formuliert. Generell kann man sagen, dass der damalige Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Dr. Gerhard Schröder, sehr zufrieden mit der Arbeit der Studiengruppe war, weil diese mit originellen Vorschlägen kam und gleichzeitig so etwas wie ein ruhender Pol in der Arbeit des EAK war. Der Kreis war auch deshalb außergewöhnlich, weil er sich mit Grundfragen der Politik beschäftigte, ohne in parteipolitischen Schemata zu denken. Vielleicht war es der einzige Kreis in der CDU zu jener Zeit, der sich mit Grundfragen der Politik, wie dem christlichen Menschenbild, intensiv beschäftigte. Irgendwann wurde die Studiengruppe nicht mehr neu berufen. Zweifelsohne ein Verlust.

## 60 Jahre EAK in Bild und Ton – Die Filmdokumentation zum Jubiläum

Die DVD ist bereits in der EAK-Bundesgeschäftsstelle zum Preis von 8,00 € zzgl. Versand bestellbar:  
EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin  
per Fax: 030/22070-436 oder E-Mail: eak@cdu.de



# Die Möglichkeit einer christlichen Politik (1954)

| Dr. Hermann Ehlers

Offenbar kommen wir in eine Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer christlichen Politik hinein. Die Nachwirkung der Zeit des Kirchenkampfes und ihrer Erkenntnis von der engen sachlichen Beziehung zwischen dem Glauben und der politischen Entscheidung gehen langsam zu Ende. Die Zeit, in der der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage der Solidarität der Schuld in Kirche und Volk eine Erklärung abgeben konnte, liegt fast neun Jahre zurück. Kaum jemand sieht sich noch in dieser Solidarität der Schuld. Dafür erhält man einen Brief von einem hohen Offizier der ehemaligen Kriegsmarine, in dem sich dieser darüber beschwert, dass Vertreter deutscher Soldatenverbände an einer Tagung ausländischer Frontkämpferorganisationen einschließlich der Widerstandskämpfer teilgenommen haben. Der Briefschreiber spricht sehr beredt von der völkerrechtswidrigen unchristlichen und brutalen Tätigkeit der Partisanen, unterlässt aber leider den geringsten Hinweis auf die Frage, ob nicht vielleicht vieles, was damals geschehen ist, mit den Methoden der Hitler'schen Kriegführung in unmittelbarem Zusammenhang stand. Wir leben in einer Zeit der Proklamation der Kollektivschuld und wir leben in einer Epoche der politischen Restauration dass einem grauen kann.

Zu dieser Entwicklung gehört natürlich auch, dass man gegen jede christliche Fundierung der Politik Sturm läuft. Selbstverständlich spielt der Wahlerfolg der CDU/CSU vom 6. September dabei eine erhebliche Rolle. Wenn auch niemand die gewagte Behauptung aufstellen

wird, dieser Wahlsieg schließe ein, dass alle CDU/CSU-Wähler nun plötzlich nicht mehr laue, sondern überzeugte Christen seien, so kann man doch immerhin feststellen, dass die Herausstellung der christlichen Fundierung ihrer Politik durch

*Christliche Politik bedeutet nicht, dass wir für uns das Primat der richtigen christlichen Politik in Anspruch nehmen. Allerdings werden wir uns auch nicht verwehren lassen, in bestimmten politischen Fragen darauf hinzuweisen, dass unser Verständnis des Wortes Gottes ganz bestimmte Entscheidungen von uns fordert.*

eine große Partei auch in kirchlich labilen Gegenden die Wähler nicht vertrieben, sondern angezogen hat. Dass nun politische Gegner hier ansetzen und sich bemühen, dieses offensichtlich populäre Fundament der CDU/CSU zu beseitigen oder es jedenfalls in Frage zu stellen, ist nur natürlich. Wir werden uns auch in Zukunft damit noch oft auseinanderzusetzen haben.

Heute soll nicht gesprochen werden von der in der Theologie üblich gewordenen Formulierung, dass es zwar christliche Politiker, jedoch keine christliche Politik geben könne. Es dürfte empfehlenswert sein, in dieser Auseinandersetzung nicht gar zu theoretisch zu verfahren. Wenn christliche Politiker, deren Möglichkeit nicht bestritten wird, Politik treiben, scheint mir das christliche Politik zu sein. Hier soll gern angemerkt werden, dass wir, im evangelischen Raum jedenfalls, daraus nicht die Folgerung zu ziehen beabsichtigen: nur unsere Entscheidung sei die christliche Politik. Wenn andere Politiker ihren Glauben ernst nehmen und bei der Beurteilung der politischen Gegebenheit und Aufgaben zu

anderen Ergebnissen kommen, so werden wir sie nicht als unchristliche Politiker brandmarken und sie damit zu überwinden trachten. Vielmehr werden wir alle Kräfte der Vernunft und der politischen Einsicht anwenden, um sie von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen – oder uns sogar von ihnen überzeugen zu lassen. Christliche Politik bedeutet also nicht, dass wir für uns das Primat der richtigen christlichen Politik in Anspruch nehmen. Allerdings werden wir uns auch nicht verwehren lassen, in bestimmten politischen Fragen darauf hinzuweisen, dass unser Verständnis des Wortes Gottes ganz bestimmte Entscheidungen von uns fordert und dass wir andere Entscheidungen für eine Gefährdung der Geltung der Gebote Gottes auf dieser Erde halten. Aber auch das wird ein sachliches politisches und christliches Gespräch sein und keine Diffamierung Andersdenkender.

Nun ist jedoch die Auseinandersetzung in mannigfacher Form entbrannt. In den letzten Wochen hat hierbei die Frage des Botschafterpostens beim Vatikan eine erhebliche Rolle gespielt. Wir haben nicht die Absicht, die damit verbundene Sachfrage zur Entscheidung zu stellen – wengleich wir nicht leugnen können, dass manche Stimme aus dem katholischen Lager (etwa der Aufsatz von J. O. Zöllner in der „Deutschen Tagespost“, Regensburg, vom 5. / 6. 2.: „Deutsche Botschaft beim Vatikan“ oder der Artikel im „Echo der Zeit“ vom 7. 2.: „Vor der Entscheidung“) uns fast an die Grenze der Möglichkeit weiteren Schweigens bringt. Aber davon soll jedenfalls heute nichts weiter gesagt werden.



*Dr. Hermann Ehlers*

*(Bundesvorsitzender des EAK:  
1952–1954)*

Hier geht es um eine ganz andere Reaktion. Der Sozialdemokratische Pressedienst und, im folgenden, die sozialdemokratische Tagespresse sprechen in diesem Zusammenhang von einem peinlichen Tauziehen. So heißt es z. B. : „Die Frage der Besetzung dieses wichtigen Postens wurde zu einem für die deutsche Bevölkerung unverständlichen und im Ausland peinlich wirkenden Streit darüber, ob ein Katholik oder ein Evangelischer die Bundesrepublik beim Vatikan vertreten solle. Vom Bundeskanzler und Außenminister bis zu den Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten der Koalitionsparteien, vom Kardinal bis zum Prälaten und vom Bischof bis zum Oberkirchenrat dominierte der Wille, aus einer personalpolitischen Entscheidung eine konfessionelle Frage zu machen... Der Bevölkerung fehlt das Verständnis dafür, wenn von der Regierung in zunehmendem Maße personalpolitische Entscheidungen nach konfessionellen Gesichtspunkten gesucht werden und durch das dauernde Erfragen und Herausstellen der Konfession dieses der jenes Mannes im politischen Bereich der Eindruck entstehen muss, als ob sich die beiden christlichen Konfessionen in der Bundesrepublik mit tiefem Misstrauen, wenn nicht in Feindschaft gegenüberstünden.“

Wir lesen das mit Erstaunen. Bisher hatten wir den Eindruck, dass in dem politischen Raum, den die SPD beherrscht, Fragen, wenn nicht der Konfession, so aber doch sonstiger Mitgliedschaften, etwa in politischen Parteien, eine erhebliche Rolle spielen. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn...

Um aber auf die angebliche Übertreibung der Konfession zurückzukommen:

Wir hören die Ermahnung der Sozialdemokratie noch aus einem anderen Grunde mit einigem Erstaunen. Schließlich lesen wir ja auch Zeitung, und unsere Ausschnittmappen sind einigermaßen in Ordnung. Im „Hamburger Echo“ vom 10.11.53 stand u. a.: „Entweder ist an den Darlegungen des Bundestagspräsidenten (im Bayerischen Rundfunk am 21.10.53; s. „Evangelische Verantwortung“ Nr. 9/53, S. 4 – Die Red.) etwas daran, oder der evangelische Bevölkerungsteil ist dem katholischen intelligenzmäßig weit unterlegen. Anders lassen sich die gegebenen Tatsachen nicht erklären. Denn nicht nur in der Fraktion der Regierungspartei und im Kabinett ist diese, unausgegliche Konfessionsbalance erkennbar, sondern weit eher noch in den Bonner

*Wir sind von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eliminieren und nach irgendwelchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben. Sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidungen zu bewähren.*

Regierungsämtern und geradezu unglaublich in den Schlüsselpositionen.“ Und die ebenfalls sozialdemokratische „Hannoversche Presse“ schrieb am 23.10.53: „Darüber dürfte doch kein Zweifel sein, dass Ursprung und Zielsetzung auch der neuen Regierung Adenauer ganz stark in einer konfessionellen Bindung, und zwar an das katholische Glaubensdogma, wurzeln. Ob sich demgegenüber das protestantische Element mit der Aufrechnung von Zahlen wird behauptet können, scheint uns zweifelhaft. Aber vielleicht vermögen solch simple Zahlenvergleiche das viel zu langsam erwachende Gefühl des

evangelischen Volksteiles für seine besondere Verantwortung, gerade auch innerhalb der CDU, gegenüber dem politischen Katholizismus stärker wachzurütteln.“ Das wurde zur gleichen Zeit geschrieben, als die SPD in Hamburg den Wahlkampf um die Bürgerschaft mit dem Hinweis auf eine drohende Gegenreformation und mit dem proklamierten Ziel der Verhinderung einer Ausdehnung der Macht des Kölner Kardinals bis an die Elbe zu gewinnen hoffte. – Die SPD mag uns verzeihen, wenn wir angesichts dieser Stimmen nicht so ganz an ihre Objektivität glauben, die sie in der Frage der Botschaft beim Vatikan plötzlich herauskehrt.

Doch hinter dieser ganzen Polemik steht ein viel grundsätzlicheres Problem. Es ist in einem Aufsatz von Willi Eichler: „Der Streit der Konfessionen“ in „Geist und Tat – Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur“ klar zum Ausdruck gekommen. Eichler fragt u.a.: „Kann es vom christlichen Standpunkt aus überhaupt bedeutsam sein, welcher Konfession die Funktionäre

eines Staates angehören?“ Weiter heißt es: „Das Verkehrteste aber wäre zu glauben, mit diesem politischen Katholizismus eine Ehe eingehen zu können um in politischer Gütergemeinschaft unter allgemein christlichem Vorzeichen mit ihm gleichmäßig an politischen Erfolgen zu partizipieren. Die Spekulation muss schiefgehen. Dazu ist der andere Partner viel zu beharrlich und erfahren im Erreichen und Festhalten politischer Vorteile; wobei hinzukommt, dass es für ihn grundsätzlich keine allgemein christliche Auffassung gibt, wie er z. B. in Spanien beweist.“ Und

*Fortsetzung auf Seite 15*

# Einladung zum Festakt am Samstag, 17. März 2012



Veranstaltungsort:  
Siegerlandhalle  
Koblenzer Straße 151  
57072 Siegen

**9.15 – 10.15 Uhr**

## Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Peter und Paul



Prälat Dr. Bernhard Felmborg, EKD

*(Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis, dass die Platzanzahl in der Kirche auf Grund der hohen Sicherheitsanforderungen begrenzt ist und die Teilnahme **nur mit gesonderter Einlasskarte** möglich ist. Die Einlasskarten werden nach Reihenfolge der Anmeldungen versendet.)*

**10.30 – 13.00 Uhr**

## Festakt in der Siegerlandhalle

Musik

### Begrüßung und Eröffnung



**Thomas Rachel MdB**

EAK-Bundesvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung



**Grußwort**

**Volkmar Klein MdB**

Landesvorsitzender des EAK NRW und Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein



**Grußwort**

**Dr. Norbert Röttgen MdB**

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen



**Festrede**  
**Präses Dr. h.c.**  
**Nikolaus Schneider**  
 Vorsitzender des Rates der EKD



**Festrede**  
**Dr. Angela Merkel MdB**  
 Bundeskanzlerin und  
 Parteivorsitzende der  
 CDU Deutschlands

**11.30 – 12.00 Uhr**

**Filmpremiere**  
 „60 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“

**12.00 – 12.45 Uhr**

**Podiumsdiskussion** mit ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden  
 sowie Preisträgern der „Hermann-Ehlers-Medaille“:



**Jochen Borchert**  
 Bundesminister a.D.



**Peter Hintze MdB**  
 Parlamentarischer Staatssekretär  
 beim Bundesminister für Wirtschaft  
 und Technologie



**Altbundespräsident**  
**Prof. Dr. Roman Herzog**



**Albrecht Martin**  
 Landesminister a.D.



**Altbischof**  
**Prof. Dr. Wolfgang Huber**  
 Ratsvorsitzender der EKD  
 von 2003 bis 2009



**Bundesminister**  
**Dr. Wolfgang Schäuble MdB**



**Moderation:**  
**Christine Lieberknecht MdL**  
 Ministerpräsidentin des  
 Freistaates Thüringen

**Im Anschluss ab ca. 13.00 Uhr**

Empfang und Verkauf der Festschrift des EAK zum 60. Jubiläum

(Änderungen vorbehalten)

Die Anmeldeunterlagen finden Sie  
 auf der nächsten Seite





# Antwort

zur Verwendung im Fensterumschlag oder als Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

**Telefax: 030/220 70-436**

**E-Mail: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de)  
[www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**



Hiermit melde ich mich zum Festakt anlässlich 60 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU am Samstag, 17. März 2012 an

---

Name

Vorname

---

Straße

Postleitzahl, Ort

---

Telefon/-fax

E-Mail

## Anmeldeschluss ist der 14. März 2012

Der EAK möchte Ihnen die Hotelzimmersuche erleichtern. Zu diesem Zweck haben wir über AVANTEL für Sie in zwei Hotels in Siegen Zimmerkontingente vorreserviert und Sonderpreise vereinbart. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit der AVANTEL Hotelreservierung in Verbindung. Dort können Sie Ihre verbindliche Zimmerbuchung vornehmen:

AVANTEL Hotel Reservierung GmbH  
Frau Sabine Konieczny

E-Mail: [sk@avantel.de](mailto:sk@avantel.de)  
Telefon: 0241 / 946 62 826

Eine Online-Buchung ist möglich unter:  
[www.avantel.de/60Jahrfeier/Siegen2012](http://www.avantel.de/60Jahrfeier/Siegen2012)



schließlich sei noch folgendes zitiert: „Eine christliche Politik wird für das Christentum nur werben können durch Taten, die christlichen Geist zeigen, die Mühseligen und Beladenen aufrichten und soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit verwirklichen. Der Streit um politische Posten nach konfessioneller Aufgliederung wird das Gegenteil hervorgerufen. Er wird nur den Eindruck erwecken, dass die Argumente einer ‚christlichen Politik‘ in sich unecht geworden sind. Das aber wäre der schlechteste Dienst, den ein politischer Katholizismus oder Protestantismus der Sache der Menschlichkeit erwiesen könnte.“

Hier sind sie also wieder, die guten alten Parolen der sozialdemokratischen Vergangenheit: Politik aus katholischer Glaubensüberzeugung ist natürlich „politischer Katholizismus“ mit dem alleinigen Ziel der Erringung von Machtpositionen. Politik aus evangelischer Verantwortung, die den ihr gewiesenen Raum einzunehmen sich bemüht, ist der aussichtslose Versuch, den politischen Katholizismus in einem politischen Protestantismus zu kopieren. Die Bedeutung des Christlichen in der Politik – Eichler versteht seine Aufgabe als Werbung für das Christentum! – wird auf den Bereich des Sozialen und unmittelbar Menschlichen abgedrängt, ohne dass man irgendeine Beziehung zum Gesamtbereich des Politischen anerkennt. Ich kann mir nicht ganz versagen, darauf hinzuweisen, dass, als ich bei der Eröffnung des Hamburger Parteitages der CDU forderte, die Liebe zum Nächsten müsse das beherrschende Leitmotiv unserer Politik werden – also genau das aussprach, was Eichler als Inhalt christlicher Politik umschreibt – das „Hamburger Echo“ antwortete: „Da hören wir es also wieder, das Wort von der ‚Liebe zum Nächsten‘, ein Wort, das mittlerweile zur abgestandenen Phrase geworden ist.“ Man könnte also beinahe auf den Gedanken kommen, dass

es nicht nur um die Ablehnung eines politischen Katholizismus und Protestantismus geht, sondern weiterhin, wie einst, um die Verneinung einer Beziehung zwischen dem Glauben und der Politik überhaupt.

Wir sind von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eliminieren und nach irgendwelchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben. Sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidungen zu bewähren. Dies wird geschrieben an dem Tage, an dem im Bundestag über die Gesetze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau debattiert wurde. Kaum jemals zuvor ist die untrennbare Beziehung zwischen dem biblischen Verständnis von Ehe und Familie und der praktischen politischen Entscheidung so sichtbar geworden wie hier. Damit, dass Dr. Dehler die Meinung vertritt, es sei nicht Aufgabe des Staates, die christlichen Vorstellungen zu schützen, ist die Frage nicht erledigt. Wir meinen eben, dass es keine saubere Auseinanderteilung von kirchlichem und staatlichem Bereich gibt. Auch wenn niemand wünscht, dass der Staat die Kirche oder die Kirche den Staat regiert, ist damit noch nicht ausgesagt, dass sie, die beide in ihrem besonderen Amt Träger öffentlicher Gewalt und beide an die gleichen Menschen gewiesen

sind, so tun könnten, als ob sie nicht im engsten Miteinander und Durcheinander auf dieser Erde zu arbeiten hätten. Das gilt etwa für den ganzen Sektor der Erziehung, es gilt für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse, es gilt schließlich für den Gesamtbereich des Politischen überhaupt.

Die Forderung einer reinlichen Scheidung von Kirche und Staat, die Dr. Dehler in der Haushaltsdebatte des Bundestages aufgestellt hat, löst das Problem nicht. Denn dahinter steht die Vorstellung – die immer aus Ideologien wächst –, dass es auf allen Gebieten staatlichen und politischen Lebens die richtige Politik gäbe, die man nur zu finden brauche, um die Probleme dieser Erde zufriedenstellend zu lösen. Im Bild einer solchen Ideologie, sei sie nun liberalistischer oder marxistischer Herkunft, wird der Glaube zu einer nur die Privatperson angehenden, vielleicht auch organisatorische Fragen zwischen Staat und kirchlicher Organisation aufwerfenden Angelegenheit, natürlich aber nicht zu einer das Leben des Staates durchdringenden und bestimmenden Größe.

Wenn wir von christlicher Politik reden, geht es uns weder um die „Werbung“ für eine Religion, noch um die Erringung von Einfluss und Machtpositionen für eine Organisation, sondern um die schlichte Umsetzung dessen, was wir als Christen von Gott aufgegeben bekommen haben, in die Praxis unserer staatlichen Gemeinschaft. Wir sind der vermessenen Ansicht, dass dies nicht ein Privatvergnügen einzelner, sondern die entscheidende Lebensgrundlage für die staatliche und politische Gemeinschaft überhaupt ist.

Es ist misslich, daran von außen her herumzukritisieren. Wir meinen, dass die Zeit einer Politik aus christlicher Verantwortung nicht vergangen ist, sondern nach den Irrungen und Wirrungen von fast zwei Jahrhunderten wieder heranreift.

# Europäische Verteidigungsgemeinschaft – Ja oder Nein? (1953)

| Dr. Robert Tillmanns

Im Mittelpunkt aller Fragen um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft steht die Frage, ob dieser Vertrag (und auch der Deutschlandvertrag) die Wiedervereinigung Deutschlands hindert oder fördert. Da diese Wiedervereinigung auf friedlichem Wege nur durch eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten erreicht werden kann, lautet die Frage genauer: Werden solche Verhandlungen zwischen den Großmächten durch den Zusammenschluss der politischen Kräfte Europas und der westlichen Welt und die Bemühung um gemeinsame Verteidigung verhindert, oder ist das Gegenteil richtig?

Unter Wiedervereinigung verstehen wir zunächst die Überwindung der Spaltung zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den Westzonen. Diese Spaltung ist allein die Folge des großen, die ganze Welt umspannenden Gegensatzes, der nach 1945 zwischen der Sowjetunion und den anderen Mächten aufgebrochen ist.

Wie ist dieser Gegensatz entstanden? 1945 waren die Westmächte, insbesondere Amerika der Meinung, dass die Sowjetunion, die ihr Verbündeter im Kriege war, auch der Verbündete im Frieden bleiben würde. Das war eine grandiose Täuschung. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die sowjetische Politik mit ausgesprochen expansiver Tendenz in allen Teilen der Erde gegen die Westmächte, in erster Linie gegen die USA, gestellt. Der vom Ideologischen und vom Machtmäßigen her entwickelte Anspruch auf weltweite Ausdehnung ist zum beherrschenden Merkmal dieser Politik geworden. Das hat dazu geführt, dass in Osteuropa ein Land nach dem anderen – die Balkanländer, Ungarn, Polen und zuletzt die Tschechoslowakei – entgegen den

abgeschlossenen Friedensverträgen in den Machtblock des Bolschewismus einbezogen wurde und heute vom Kreml geleitet wird. Zu diesem Machtbereich gehört in zunehmendem Maße auch die deutsche Sowjetzone.

Der sowjetischen Politik liegt das Axiom zugrunde, dass der Kommunismus unüberwindlich und seine Verbreitung in allen Ländern der Erde gleichsam das Thema der menschlichen Geschichte ist. Erst kürzlich hat der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei einer Gedenkfeier am Todestag Lenins den endgültigen und unabänderlichen Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt verkündet, den keine irdische Kraft aufhalten könne. Die Kehrseite dieser Grundthese ist die feste Überzeugung, dass die nichtkommunistische Welt, ihre staatliche und gesellschaftliche Ordnung, in sich zerfallen muss; dass Klassengegensätze, nationale Spannung und wirtschaftliche Interessen ihrer Völker innerlich aushöhlen und im Verhältnis zueinander in Streitigkeiten, Konflikte und schließlich in Kriege gegeneinander bringen müssen. Das ist das Fundament, von dem die gesamte Politik der Sowjetunion – wir nennen sie die Politik des Kalten Kriegs – ausgeht.

Diese Politik des Kalten Krieges ist das grundlegende Faktum der Entwicklung seit 1945 auch für Deutschland. Die Westmächte haben erst verhältnismäßig spät und langsam die Folgerung daraus gezogen. Sie haben die Vorstellung, Deutschland gemeinsam mit der Sowjetunion zu verwalten, bestrafen und wirtschaftlich niederhalten zu können, aufgeben müssen zugunsten einer Politik der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Besatzungszonen, um diesem Teil Deutschlands

zusammen mit dem westlichen Europa ein tragfähiges wirtschaftliches Fundament zu geben und ihn damit zu einer aktiven Kraft gegen die bolschewistische Expansion zu machen.

Hand in Hand mit dieser neuen Politik geht zumindest seit Korea das Bemühen um den gemeinsamen Aufbau einer westlichen Verteidigung. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum und eine Missachtung der Wirklichkeit, wenn hier Ursache und Wirkung verwechselt würden. Ursache ist die sowjetische Politik des Kalten Krieges, Wirkung die westliche Politik des gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbaues und der Verteidigung, nicht umgekehrt. Die Sowjets haben seit 1945 ihre Rüstung beharrlich und unausgesetzt vergrößert. Die Westmächte, insbesondere Amerika, haben bis 1950 weitgehend abgerüstet und erst seit dem ihre Verteidigungskraft neu aufgebaut, nicht umgekehrt.

Was bedeutet das für die deutsche Wiedervereinigung?

Sicherlich dies, dass die Sowjetunion unsere Wiedervereinigung in Freiheit nicht zugibt, solange sie glaubt, den Kalten Krieg fortsetzen zu können. Was sollte sie bewegen, ihren Zugriff auf die Sowjetzone zu lockern, solange sie noch hofft, das ganze Deutschland zu bekommen? Es gilt, die Sowjetunion dazu zu bringen, dass sie die Politik des Kalten Krieges aufgibt. Was wir tun können ist dies: die Sowjetunion durch unser Verhalten zu der Einsicht bringen, dass die Grundkonzeption ihrer Politik, nämlich ihre Überzeugung von der notwendigerweise in Uneinigkeit zerfallenden westlichen Welt, falsch ist. Alle Schritte zur Zusammenfassung der europäischen Kräfte, zur europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit – die Montanunion, die Bemühung



*Dr. Robert Tillmanns*

*(Bundesvorsitzender des EAK:  
1954–1955)*

um die Europäische Politische Gemeinschaft – haben dieses eine Ziel: der Sowjetunion zu zeigen, dass die Westmächte nicht in Schwäche auseinanderfallen und damit dem Kalten Krieg zum Erfolg verhelfen, sondern dass sie es fertig bringen, ihre Gegensätze zu überwinden, ihre politische Gemeinschaft zu festigen und eine gesunde Sozialordnung aufzubauen. Die Sowjetunion muss dadurch zur Erkenntnis kommen, dass der Kalte Krieg für sie in absehbarer Zeit nicht zum Erfolg führen kann. Sie müsste ihn also auf unabsehbare Zeit fortsetzen. Ob sie das kann, ist aus mehrfachen Gründen, sehr zweifelhaft. Daraus also allein ergibt sich die Chance, dass sich die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Politik bereit findet, d. h. zu einer Politik des echten Ausgleichs ihrer Interessen mit denen der Westmächte auch in Bezug auf Deutschland.

Es gibt keinen anderen Weg zu unserer Wiedervereinigung.

Was sollte die Sowjetunion veranlassen, ihre Position in der Sowjetzone wenigstens politisch abzubauen (das ist die unerlässliche Voraussetzung für die deutsche Einheit und Freiheit), solange sie noch die Hoffnung hat, durch ihre Politik eines Tages von ganz Deutschland, ja Europa, Besitz zu ergreifen? Dass dies heute noch ihr Ziel ist, kann nicht zweifelhaft sein. Erst in dem Telegramm ihres Zentralkomitees an die Kommunistische Partei der Sowjetunion anlässlich des Todes Stalins hat die SED an der Bahre des „großen unsterblichen Führers“ das Gelöbnis erneuert, „ihre Anstrengungen zu vervielfachen, um die Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Sieg zu führen“.

Vielleicht sagen nun manche Leser: Gut, das leuchtet ein, aber wozu eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft? Ist das überhaupt nötig? Die Sowjets sind doch davon überzeugt, dass ihnen im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Zersetzung der nichtkommunistischen Länder die Macht in diesen Staaten von selbst zufällt. – Das ist grundsätzlich richtig. Aber das Besondere der deutschen

*Das Besondere der deutschen Situation besteht darin, dass die Sowjets im Laufe der letzten Jahre erkannt haben, dass ihnen mit rein politischen Mitteln die Machtergreifung hier nicht mehr gelingen kann. Sie weiß, dass sie dazu verleitet werden könnte, es mit Gewalt zu versuchen.*

Situation besteht darin, dass die Sowjets im Laufe der letzten Jahre erkannt haben, dass ihnen mit rein politischen Mitteln die Machtergreifung hier nicht mehr gelingen kann. Darin unterscheidet sich unsere Lage von der in anderen, z. B. asiatischen, Ländern. In der Sowjetzone Deutschlands und in Berlin hat der Bolschewismus seine Anziehungskraft auf die Masse, den Nimbus seiner Unwiderstehlichkeit verloren.

Wenn also Dr. Heinemann sagt: die Sowjetunion hätte, wenn sie es wollte, seit 1945 in Europa längst eingreifen können; dass sie es aber noch nicht getan haben, sei ein Beweis dafür, dass sie es auch künftig nicht tun werde – so ist diese Schlussfolgerung unrichtig.

Die Sowjetunion hat bisher nicht eingegriffen, weil sie davon überzeugt war, dass ihr die Ausdehnung ihrer Macht in Deutschland und Europa mit rein politischen Mitteln, also ohne Gewalt, gelingen würde. Sie weiß seit einigen Jahren, dass sie dazu verleitet werden könnte, es mit Gewalt zu versuchen. Man kann nicht

wissen, wie groß oder klein diese Gefahr ist. Sicher ist eins: Sie wird umso größer, je mehr die Sowjetunion zu der Auffassung gebracht wird, dass der Weg der Gewalt für sie relativ risikoloser, ein leichter sein würde; sie wird dagegen umso kleiner, je entscheidender der Sowjetunion gezeigt wird, dass ein Appell an die Gewalt zu einem Kriege mit der gesamten übrigen Welt, d. h. für sie selbst zu einem

totalen Risiko führen würde, das sie nicht tragen kann. Die Sowjetunion zu dieser letzteren Erkenntnis zu bringen, ist der politische Sinn aller Verteidigungsanstrengungen der Westmächte, in die seit der Erklärung der Außenminister

Amerikas, Englands und Frankreichs vom Herbst 1950 auch Deutschland einbezogen worden ist. Ich meine die Erklärung, dass die Weststaaten jeden Angriff auf die Bundesrepublik und auf Berlin als einen Angriff auf sich selbst betrachten würden. Eine solche Politik, die Europa mit Deutschland in den Schutzverband der westlichen Welt einbezieht, ist aber nur durchzuführen, wenn die Europamächte einschließlich Deutschlands sich als Partner an dieser Anstrengung beteiligen.

Sicherlich gibt es gegen diese Politik Bedenken. Risikolose Entscheidungen gibt es, zumal in der gegenwärtigen Situation Deutschlands, überhaupt nicht. Wir werden uns mit diesen Bedenken noch in einem weiteren Beitrag beschäftigen, aber dabei nicht aus dem Auge verlieren, dass der Zusammenschluss Europas und die Wiedervereinigung Deutschlands keine Gegensätze sind, sondern die beiden Grundelemente einer Politik, die auf friedlichem Wege die Überwindung unserer Spaltung in Freiheit erstrebt.

# Was dem Staat Not tut (1956)

| Dr. Gerhard Schröder

Staatsbewusstsein entsteht nicht allein in theoretischen Erörterungen. Beispiel und Vorbild sind nötig. Die Wertschätzung des sittlichen Gehalts des Staates, der Respekt vor seinen Einrichtungen misst sich in den Augen der Bevölkerung weniger nach den Theorien und Wunschbildern als nach dem Verhalten der Parlamente und Parlamentarier, der Regierungen und ihrer Minister, der Verwaltung und ihrer Beamten, der Gerichte und ihrer Richter. Nur persönliche und sachliche Beispiele gelten – Beispiele, wie konkrete Fragen behandelt und entschieden werden. Beispiele, dass die für die Bevölkerung gesteckten Ziele mit angemessenem Aufwand erreicht werden. Die offenen und untergründigen Nachwirkungen unserer jüngsten Vergangenheit haben es uns sicherlich schwieriger als zu anderen Zeiten gemacht, ein neues und geläutertes Staatsbewusstsein in der notwendigen Breite und Tiefe wachsen zu lassen. Dazu hebt der pluralistische Staat, der „Vielparteien-Staat“, die Impulse der einen und der anderen politischen Gruppe oft auf und lässt sie unwirksam werden, anstatt dass alle Impulse dem gleichen Ziele dienen. Heute scheint der Wettbewerb der Parteien, die den Staat tragen und mitgestalten sollen, manchmal mehr dem gegenseitigen Vernichtungskampf als dem Wohle aller zu dienen. Die Auseinandersetzung der Parteien auf das zu begrenzen, was konstruktiv wirkt, und die Destruktion zu verhindern, bleibt für uns eine ständige, überaus schwierige Aufgabe. Die Formel genügt nicht, dass alle politischen Gruppen „auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ stehen sollen. Die gemeinsamen

Werte müssen von den verschiedenen Gruppen intensiver gepflegt werden, als das heute geschieht. Allerdings lassen sich in einer parlamentarischen Demokratie nicht mehrere Idealvorstellungen vom Staat gleichzeitig, sozusagen nebeneinander, verwirklichen. Solche auseinanderstrebenden Staatsvorstellungen hervorzurufen, ist die große Gefahr unserer

*Die Auseinandersetzung der Parteien auf das zu begrenzen, was konstruktiv wirkt, und die Destruktion zu verhindern, bleibt für uns eine ständige, überaus schwierige Aufgabe.*

pluralistischen Verfassung. Ihr kann und muss nur durch eine planmäßige politische Erziehungsarbeit begegnet werden.

Was wir brauchen und leider keineswegs genügend entwickelt haben, ist ein eigener und angemessener Stil der Parlamente, der Regierungen, der Verwaltung und der Rechtsprechung. Er muss von den Verantwortlichen in ihrem Handeln bewusst gepflegt werden. Ansprüche in dieser Hinsicht an andere zu stellen, ist billig. Der Anspruch an sich selbst hat hier Vorrang.

Auch unsere gegenwärtige Geschichte kann großer, überzeugender Persönlichkeiten nicht entraten. Die Szene, die sich nachdenklichen Beobachtern anlässlich der Verleihung des Karls-Preises an Churchill in Aachen bot, hatte dafür eine große symbolhafte Bedeutung. In dem früheren britischen Ministerpräsidenten und in dem deutschen Bundeskanzler trafen zwei zeitgenössische Politiker zusammen, die mit ihrer persönlichen Autorität in verschiedenen Völkern und unter verschiedenen Bedingungen die staatliche Autorität sichtbar gemacht und gestärkt haben. Aber diese Forderung gilt eben nicht nur für die

Regierungschefs; Parlamente, Verwaltungen und Gerichte bedürfen hervorragender Abgeordneter, Beamter und Richter. In ihrer Arbeit müssen sie sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken und den routinemäßigen Leerlauf beseitigen. Nur wenn beispielsweise heute die in die Breite quellende Parlamentsarbeit gestrafft und intensiviert wird, wird sie

in den Augen aller, die sich an wirklichen Leistungen zu orientieren vermögen, als der eigenen Tätigkeit ebenbürtig empfunden und anerkannt

werden. Gerade der pluralistische Parteienstaat bedarf einer sorgfältigen Pflege der gemeinsam gebildeten Autorität. Viele unserer Zeitgenossen haben eine geradezu neurotische Angst vor der Autorität. Dem muss entgegengewirkt werden, wenn nicht die Stabilität des Staates und damit das Gerüst unserer Ordnung schwersten Schaden nehmen sollen.

Wer öffentlich oder politisch wirken will, braucht mehr als andere ein Gefühl dafür, dass er ein Beispiel zu geben hat. Jeder, der heute öffentliche Verantwortung trägt, darf sich nicht zu einem Teil der Herrschaftsapparatur entwickeln, die mehr oder weniger „automatisiert“ ist, sondern er muss sich als Staatsbürger fühlen, der für die Stabilität und die Kontinuität der Existenz seines Volkes zu sorgen hat.

Die vorstehenden Ausführungen sind einer Rede entnommen, die der Bundesminister des Inneren, Dr. Gerhard Schröder, am 30. Juni 1956 in Münster anlässlich einer Gedenkstunde des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum 125. Todestag des Reichsfreiherrn vom Stein hielt.

# Ausstößiger Name? (1957)

Antwort an einen Wähler

| Dr. Gerhard Schröder



Dr. Gerhard Schröder

(Bundesvorsitzender des EAK:  
1955–1978)

Die politischen Gegner auf der Linken stoßen sich an dem Namen der Partei, zu der ich gehöre. Sie sagen, sie dürfe sich nicht „Christlich-Demokratische Union“ nennen, denn auch andere Parteien zählten Christen zu ihren Mitgliedern.

Als die CDU gegründet wurde, kamen kaum Proteste gegen den Namen der neuen Partei. Damals sahen unsere Gegner diese Bezeichnung vielleicht nicht einmal ungern. Zwölf Jahre lang war eine gottlose Staatsführung am Ruder gewesen; sie hasste das Christentum und verfolgte seine Anhänger, sie propagierten den Kirchenaustritt und ließen die Jugend ohne religiöse Unterweisung. Zudem hatte der Krieg, wie jeder Krieg, die moralischen Bande gelockert. So war es also sehr die Frage, ob eine christliche Partei wachsen und gedeihen konnte.

Die Proteste mehrten sich erst später. Als die SPD über den Kreis ihrer bisherigen Anhänger hinaus wachsen wollte, als sie neue Wählerschichten zu gewinnen suchte, musste sie feststellen, dass in der christlichen Bevölkerung ein sehr starkes Misstrauen herrschte gegenüber der alten

Freidenkertradition der Sozialdemokraten, die „Kirchen und Pfaffen“ ehemals zur bevorzugten Zielscheibe ihrer höhnischen Angriffe gewählt hatte.

Erst später besann sich die SPD. Heute gibt sie an, verbrannt zu haben, was sie bisher angebetet. Heute versichert sie, die Angelegenheiten der Chris-

*Die CDU hat zum ersten Male in der deutschen Geschichte Evangelische und Katholiken in einer großen Partei gesammelt. Sie will nicht die Unterschiede zwischen den Bekenntnissen verwischen, sie will das Gemeinsame über das Trennende stellen.*

ten seien auch bei ihr gut aufgehoben. Dieses Versprechen ist, wie gesagt, sehr jungen Datums.

Wenn heute einige SPD-Leute Frieden mit den Kirchen schließen wollen, wenn sie Gespräche mit den Pfarrern suchen und sich endlich um eine positive Sicht des Religiösen und auch des Christlichen bemühen wollen, so ist dies gewiss zu begrüßen. Fatal ist nur, dass dies so sehr in die Nähe der Bundestagswahlen gerückt und zugleich mit einem auffallenden Werben um christliche Wähler verknüpft ist.

Und noch eine Frage: Alle Fraktionen des Bundestages geben selbstverständlich Auskunft über die Religionszugehörigkeit ihrer Mitglieder. Nur die SPD-Fraktion verweigert diese Auskunft. Warum wohl?

Die SPD sagt, Religion sei Privatsache. Das ist nicht mehr als ein Schlagwort. Denn man kann den Menschen nicht in zwei Persönlichkeiten zerlegen, in eine private für Gott und Kirche und eine andere für Staat und Gesellschaft.

Die CDU hat zum ersten Male in der deutschen Geschichte Evangelische und Katholiken in einer großen Partei gesammelt. Sie will nicht die Unterschiede zwischen den Bekenntnissen verwischen, sie will das Gemeinsame über das Trennende stellen. Das ist ihr gelungen, und damit hat die CDU dem inneren Frieden unseres Landes einen großen Dienst erwiesen. Sie denkt umso weniger daran, ihren Namen zu ändern, als sie die Bezeichnung „christlich“ nicht selbstgerecht trägt, sondern als eine große Verpflichtung.

# Grundwerte im politischen Alltag (1977)

| Prof. Dr. Roman Herzog

**M**an kann das Grundwerte-Problem nun von zwei grundsätzlich verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten. Einmal stellt sich natürlich die Aufgabe, sie inhaltlich so präzise wie möglich zu bestimmen, und diese Aufgabe ist bisher bedauerlicherweise kaum in Angriff genommen worden. Sodann aber geht es auch darum, wie sich Grundwerte in der Alltagspolitik überhaupt verwerten und verwirklichen lassen. Denn es liegt auf der Hand, dass sie nicht in hehren Proklamationen, sondern erst in der Umsetzung in die politische Wirklichkeit ihre eigentliche Bewährung erfahren können.

## Zum Inhalt der Grundwerte

Zum Inhalt der Grundwerte besteht bis zur Stunde weder zwischen noch in den politischen Lagern ausreichende Klarheit. Übereinstimmung besteht überwiegend darin, dass es sich um Werte handeln muss, die möglichst alle politischen Lager und alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten als verpflichtend anerkennen. Denn man erwartet von ihnen ja vor allem, dass sie die gemeinsame Integrationsbasis, das Minimum an einheitlicher Überzeugung bilden, ohne das gerade eine freie und daher pluralistische Gesellschaft nicht auskommen kann.

Fragt man heute die großen politischen Parteien der Bundesrepublik nach ihren Grundwerten, so erhält man trotz mancher Modifikationen meist eine einheitliche Antwort, und diese verweist interessanterweise auf das Erbgut der Französischen Revolution von 1789: auf die Werte-Trias Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Nur die Ausdrucksweise differiert zunächst etwas.

So präzisiert z. B. die CDU den Freiheitsbegriff im Sinne einer sozial gebundenen Freiheit, womit zugleich schon Elemente der Gleichheit und Brüderlichkeit aufgenommen sind. Den Begriff der Gleichheit ersetzt sie mehr und mehr durch den der Gerechtigkeit, womit sie ihn zugleich präzisiert und gegen egalitäre, „gleichmacherische“ Vorstellungen abgegrenzt. Und statt Brüderlichkeit sagt sie unter Überspringen des noch nicht gerade fernliegenden Begriffs „Nächstenliebe“ lieber „Solidarität“, so jedenfalls der seit dem Frühjahr 1976 vorliegende Entwurf eines Grundsatzprogramms, der im Laufe des Jahres 1977 noch eingehend diskutiert und sodann verabschiedet werden soll. Ähnlich liegen die Dinge bei den anderen demokratischen Parteien.

Man wird aus diesem Sachverhalt bei aller gebotenen Vorsicht jedenfalls zwei Schlussfolgerungen ziehen dürfen:

1. Zunächst sollte niemand die – wenigstens verbale – Übereinstimmung zwischen den Parteien (oder zumindest ihre programmatischen Äußerungen) allzu gering einschätzen. Bei allem, was sogleich noch über die prinzipiellen und praktischen Unterschiede gesagt werden muss, ist es doch ein bedeutsamer Sachverhalt, dass die Differenz im programmatischen Anspruch noch lange nicht so groß ist, wie sie etwa zwischen den Parteien des Kaiserreiches und vor allem der Weimarer Republik war. Bei allen prinzipiellen Konflikten und aller tagespolitischen Konfrontationen ist das ernsthaft und mit Nachdruck zu vermerken

2. Da es diese Konflikte und Konfrontationen in der politischen Auseinandersetzung aber gibt und da sie sich, wie jeder

weiß, nicht nur, ja nicht einmal überwiegend aus dem reinen Kampf um die Macht im Staate erklären, liegt die Vermutung nahe, dass sich bei den Grundwerten wie so oft im menschlichen Leben der Teufel nicht im Prinzipiellen, sondern erst im Detail zeigt

- wenn es darum geht, die drei Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität aus dem Spannungsverhältnis zu befreien, in dem sie sich gegenseitig befinden
- wenn es darum geht, sie in deutlichere „Unterbegriffe“ auszulösen (so hat Campenhausen in Hamburg z. B. die Institutionen der Ehe und des Eigentums erläuternd herangezogen),
- und vor allem, wenn es darum geht, sie in die harte Welt der gesellschaftlichen und politischen Tatsachen umzusetzen.

## Konkretisierung und Abwägung der Grundwerte

Es ist hier schon aus Raumgründen nicht möglich, die soeben skizzierten Probleme lückenlos zu behandeln. So mögen wenigstens einige Beispiele zeigen, dass es gerade die Konkretisierung und die gegenseitige Abwägung von Grundwerten ist, die im politischen Alltag Mühe macht und auch die prinzipiellen Unterschiede zwischen den großen Parteien signalisiert.

Hier fällt der Blick aus guten Gründen zuerst auf den theoretischen unauflösbaren Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit, den die CDU heute dadurch zu überbrücken sucht, dass sie statt von Gleichheit mehr und mehr von Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit oder überhaupt nur noch von Gerechtigkeit spricht.



*Prof. Dr. Roman Herzog*

*(Bundesvorsitzender des EAK:*

*1978–1984)*

Dass volle Freiheit und volle Gleichheit der Menschen miteinander nicht vereinbar sind, bestreiten heute nur noch die Anhänger einer uneingeschränkten Milieutheorie. Für sie sind alle Menschen auch nach einem Jahrhundert Genetik im Augenblick der Geburt völlig gleich und die offenkundigen Ungleichheiten zwischen ihnen allein auf ihre gesellschaftliche Umwelt zurückzuführen, vor allem auf die Familie, deren Zerschlagung sie deshalb kompromisslos betreiben. Alle anderen wissen, dass volle Gewährung von Freiheit zwangsläufig zur Bevorzugung der Intelligenteren, Aktiveren, Energischeren führt und dass dementsprechend volle Gleichheit nur durch die Unterdrückung dieser Personengruppe zu erreichen ist.

So alt diese Erkenntnis an sich ist, so sehr sind ihre praktischen Auswirkungen und vor allem die Antworten, die die staatliche Politik auf sie heute zu geben hat, umstritten.

Dazu nur ein Beispiel: Bei der Einkommensteuerreform 1974 war zwischen der SPD/FDP-Koalition und den Unionsparteien heftig umstritten, ob die sog. Vorsorgeauswendungen für den Krankheits- und Altersfall bis zu einer gewissen Höhe vom zu versteuernden Einkommen oder vom Steuerbetrag selbst abgezogen werden sollten; im ersten Fall ergab sich eine gewisse Bevorzugung der besser verdienenden Schichten, im letzteren wäre die volle Gleichbehandlung aller erreicht worden. CDU und CSU haben damals die volle Gleichheit bekämpft und schließlich auch verhindert, und zwar aus der Erwägung heraus, dass gerade bei der Krankheits- und Altersversorgung auch die Freiheit

ihr Recht haben muss. Es ist auch für den Staat von entscheidendem Interesse, dass eine große Anzahl von Bürgern zur freiwilligen Sicherung ihres sozialen Standards ermutigt wird und dieses Votum für die Freiheit und gegen die volle Gleichheit ist jedenfalls dann vertretbar, wenn der soziale Mindeststandard, um dessen Verbes-

*Fragt man heute die großen politischen Parteien der Bundesrepublik nach ihren Grundwerten, so erhält man trotz mancher Modifikation meist eine einheitliche Antwort, und diese verweist interessanterweise auf das Erbgut der Französischen Revolution.*

serung es dabei geht, so hoch ist wie diese augenblicklich in der Bundesrepublik.

Damit im Zusammenhang steht die weitere Frage, was man heute überhaupt unter Gleichheit verstehen soll. Wenn es zutrifft, dass Freiheit und Gleichheit miteinander nicht vollständig in Einklang gebracht werden können, so geht es dabei um den Grad der Gleichbehandlung, den der Staat seinen Bürgern gewähren und sichern soll. Die CDU/CSU zieht sich hier in öffentlichen Äußerungen oft ganz auf den Begriff der Chancengleichheit oder der Chancengerechtigkeit zurück: wenn schon nicht jedem garantiert werden kann, dass er es so weit wie alle anderen bringt, so soll ihm doch wenigstens die gleiche Chance gegeben werden, aus seinem Leben das gleiche zu machen wie alle anderen.

Diese Ansicht ist richtig und wirkt weit in alle politischen Räume hinein. Deshalb haben die Unionsparteien bei der schon erwähnten Einkommensteuerreform 1974 z. B. der völligen Egalisierung des Kindergeldes zugestimmt: Wenn Chancengerechtigkeit erst genommen

werden soll, so muss sie vor allem für die Kinder gelten, zumindest in dem engen Bereich, in dem der Staat ihr Schicksal überhaupt beeinflussen kann. Und deshalb fechten die Unionsparteien in der Bildungspolitik heute so hart gegen die einseitige Bevorzugung der höheren Schulen und der Hochschulen und für die Unterstützung von Grund- und Hauptschule. Wer erkennt, dass Gleichheit oft nur gerechte Chancenverteilung sein kann, kann zu keiner anderen Politik kommen.

Zu oft übersieht aber die Union den starken und wohl- fundierten egalitären Akzent ihrer eigenen Sozialpolitik, die sie selbst über zwei Jahrzehnte hinweg in der Bundesrepublik betrieben hat und die die These, sie ziehe sich auf die bloße Chancengerechtigkeit zurück, einfach Lügen straft.

Der Unionspolitik ist es doch zu verdanken, dass es heute einen imponierenden Bereich staatlicher Mindestleistungen für Bürger gibt, der sich weit vom Existenzminimum entfernt hat und der die Härten, die eine reine Gleichheit der Chancen für die Schwächeren und Unbeweglicheren mit sich brächte, weitestgehend ausgleicht. Man darf in diesem Zusammenhang nicht nur an Mindestrenten und Sozialhilfe denken. Die „Mindestausstattung“, die auch der Ärmste in unserem Land genießt geht viel weiter – von der Bildung, die er in Grund-, Haupt- und Berufsschule erhält, bis zu den völlig gleichen Informationsmöglichkeiten, die ihm das öffentliche Medienwesen gewährt, von den Verkehrswegen, an denen er Gemeingebrauch hat, bis zu den Standardleistungen der öffentlichen Krankenhäuser und des

ganzen Gesundheitswesens, vom gleichen Zugang zu öffentlichen Erholungsgebieten bis zum staatlich gewährten Wohngeld. Auch die „Politik der Chancengleichheit“, für die sich die CDU einsetzt, hat also einen sehenswerten egalitären Sockel, der die Freiheit des Leistungsfähigeren auch für den weniger Leistungsfähigen erträglich macht und dessen Finanzierung ja schließlich aus dem gesichert wird, was gerade die Leistungsfähigeren als Sozialprodukt erwirtschaften.

Aber verlassen wir das Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit und wenden wir uns einem anderen zu: dem zwischen Freiheit und Solidarität.

In diesem Spannungsfeld tobt augenblicklich die politische Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und SPD besonders. Vereinfacht gesagt geht es um die Frage, ob die Pflicht zur gegenseitigen Solidarität der Menschen normalerweise in freiwilliger Entscheidung und nur im Ausnahmefall durch staatliches Gesetz oder durch staatliche Institutionen eingelöst werden soll (so die Position der Union) oder ob sie von vorneherein mehr durch staatliche Reglementierung erreicht werden soll, was den Staatsbürger vom solidarisch handelnden Mitbürger zum Steuerzahler degradieren müsste, der nicht eigene, sondern staatliche Solidarleistungen nur noch finanziert (so die Position des demokratischen Sozialismus). Diese prinzipielle Meinungsverschiedenheit verbirgt sich fast hinter allen politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, und sie wurde im Bundestagswahlkampf 1976 erstmals auch im Wahlslogan der Union thematisiert.

Noch in einem anderen Kontext gilt es, Freiheit und Solidarität als gegenläufig zu sehen, und auch hier unterscheiden sich Union und Koalition wieder prinzipiell. Auch die CDU/CSU bestreitet grundsätzlich nicht, dass ein breiter Bestand an sozialen Leistungen heute aus Gründen der Gerechtigkeit und der Effektivität nicht mehr von privaten Institutionen, sondern nur noch vom Staat erbracht werden kann; das reicht vom Bildungswesen bis zur Sozialversicherung und von der Sozialhilfe bis zur Versorgung mit Energie und Wasser. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Versorgung durch den Staat primär freiheitsfreundlich ist: Wer vom Staat Geld erhält, gewinnt

dadurch zunächst einmal mehr Bewegungsfreiheit, und wem der Staat eine Sorge abnimmt, der erfährt zunächst ebenso eine Zuwachs an Freiheit. Insofern steht Solidarität, auch wenn sie über die öffentliche Kassen kanalisiert wird, in einem positiven Verhältnis zur Freiheit.

Der prinzipielle Unterschied zwischen den politischen Positionen besteht nun aber darin, dass die Sozialisten hier gewissermaßen eine Einbahnstraße von der staatlich verordneten Solidarität zur menschlichen Freiheit – wenigstens zur Freiheit der Begünstigten – sehen, während die Unionsparteien auch auf der Seite der Begünstigten freiheitsbedrohende Wirkungen befürchten. Gewiss – wer nur in einer staatlichen Schule ausgebildet wird oder nur eine staatliche Rente erhält, der erhält damit letztlich auch nur Freiheit. Wer aber auch für den Kindergartenplatz, den Krankenhausaufenthalt, die Zuweisung eines Arbeitsplatzes und einer Wohnung, die Lieferung von Nachrichten, Strom und Wasser usw. auf den Staat angewiesen wäre und wer wegen jedes kleinen Kredits eine staatliche Bank aufsuchen müsste, der wäre schon in einer ganz anderen Lage; er wäre fast in allen seinen Bedürfnissen vom Staat abhängig, und wer das ist, der ist auch dann nicht mehr frei, wenn er die goldenen Bande einer solchen Unfreiheit gar nicht mehr verspürt. Auch hier liegt also eine tiefgreifende Spannung zwischen Freiheit und Solidarität, jedenfalls „verstaatlichter Solidarität“, vor.

Wie gesagt – hier können schon aus Raumgründen nur wenige Beispiele für die Schwierigkeiten aufgeführt werden, die bei der Konkretisierung und gegenseitigen Abwägung der politischen Grundwerte auftreten. Dass es diese Schwierigkeiten fast zwangsläufig gibt, werden die Beispiele aber gezeigt haben. Und vielleicht haben sie auch deutlich gemacht, dass sich die geistige Auseinandersetzung zwischen christlichen Demokraten und demokratischen Sozialisten augenblicklich gerade bei dieser Feinarbeit abspielt.

### **Grundwerte und gesellschaftliche Komplexität**

Die Probleme im politischen Umgang mit den Grundwerten potenzieren sich, sobald es darum geht, sie nicht nur theoretisch zu

verdeutlichen und gegenseitig abzugrenzen, sondern in praktische Politik umzusetzen. Hier erweist sich nämlich, dass es fast keine Frage der augenblicklichen Politik gibt, in der sich nicht alsbald ein Konflikt von Grundwerten einstellt, wenn man die Ebene der vordergründigen, „technokratischen“ Argumentation verlässt und die dahinter stehenden staatsethischen Fragen freilegt.

Was mit dieser Behauptung gemeint ist, soll hier an zwei aktuellen Problemen verdeutlicht werden, und diese sind so aus verschiedenen Bereichen gewählt, dass sie schon einige Beweiskraft für sich buchen können.

1. Die erste Jahreshälfte 1977 ist durch den Streit zwischen Koalition und Union um die Erhöhung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) gekennzeichnet. Auf den ersten Blick möchte man es nicht für möglich halten, dass sich hinter diesem Streit außer finanz- und wirtschaftspolitischen Problemen auch Grundwerteabfragen verbergen. Und doch ist es so. Das zeigen die folgenden Überlegungen.

Anders als z. B. die Einkommen- und Lohnsteuer belastet die Umsatzsteuer den Bürgern nicht nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern nach seinem Konsum, und das heißt (wenn man Playboys und notorische Verschwender außer Betracht lässt) nach seinen Bedürfnissen. Der Ernährer einer siebenköpfigen Familie zahlt also auf Essen und Kleidung siebenmal so viel Umsatzsteuer wie ein Junggeselle, und das – bei gleichem Pro-Kopf-Verbrauch – ohne Rücksicht auf die Höhe seines Einkommens! Deshalb wird die Umsatzsteuer mit Recht als die unsozialste von allen großen Steuern bezeichnet und deshalb ist auch eine Umsatzsteuererhöhung die unsozialste Steuererhöhung, die sich denken lässt. Der Streit um sie ist also kein bloß finanz- und steuerpolitischer. Hinter ihm steht die Frage nach der Solidarität mit solchen Mitbürgern, die auf einen verhältnismäßig hohen Konsum angewiesen sind und sich aus guten Gründen auch nicht beliebig einschränken können.

Aber man darf bei Entscheidungen dieser Art nicht nur auf die individuellen Interessen sehen, wenn man sie unter Grundwerte-Gesichtspunkten treffen will. Bei der Umsatzsteuererhöhung

ist z. B. umstritten, ob die von ihr ausgehende steuerliche Belastung etwa durch Verbesserung im Bereich der Lohnsteuer ausgeglichen werden soll. Damit könnte zwar die soziale Ungerechtigkeit, die eine solche Steuererhöhung darstellt, vermieden werden. Aber die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden würden damit beträchtlich verändert werden.

Da Länder und Gemeinden von der Umsatzsteuer nur noch 31 %, von der Einkommen- und Lohnsteuer aber 57 % erhalten, würden sie bei einer solchen Lösung ca. 3 Mrd. DM jährlich verlieren. Nimmt man nun hinzu, dass diese 3 Mrd. DM den Spielraum verringern in dem Länder und Gemeinden wirklich

„Politik machen können“, und vergewärtigt man sich weiter, dass Länder und Gemeinden die Hauptträger der Strukturpolitik sind, so stößt man fast unvermutet wieder auf Grundwerte-Aspekte. Strukturpolitik bedeutet nämlich u. a. Schulbau, Straßenbau, Industrieansiedlung, und man kann sich leicht ausrechnen, wie viel an tatsächlicher Freiheit daher von der Entscheidung über das „Steuerpaket“ abhängt. Da es bei der Strukturpolitik stets auch um die Lebenschancen in Ballungsgebieten einerseits und in länderschäftlichen Räumen andererseits geht, ist zugleich eines der wichtigsten Gleichheitsprobleme berührt, die sich unserer Generation stellen.

Das hier verwendete Beispiel ist nicht nach allen Seiten ausgeleuchtet. Schon die wenigen Überlegungen, die hier angestellt wurden, zeigen aber, dass auch politische Entscheidungen, die man auf den ersten Blick nur für „technisch“ halten möchte, im allgemeinen eng mit den Verwirklichungen von Grundwerten zusammenhängen. Schon allein deshalb spielt die Grundwerte-Diskussion weit in die Tagespolitik hinein.

2. Das mag auch ein anderes, im evangelischen Raum leidenschaftlich diskutiertes Problem zeigen, diesmal aus der Außenpolitik: nämlich das Südafrika-Problem. Dass die Apartheid-Politik Südafrikas – auch bei Anerkennung bedeutsamer Leistungen des dortigen Staates für die farbigen Bevölkerungsgruppen – weder mit

dem Grundwert der Freiheit noch mit den Grundwerten der Gerechtigkeit und der Solidarität im Einklang steht, bestreitet heute wohl niemand mehr. Dennoch zeigt auch eine oberflächliche Analyse, dass eine Politik, die Südafrika einfach zum Aufgeben zwänge, auch im Hinblick auf die in der Bundesrepublik allgemein anerkannten Grundwerte bedenklich wäre.

Man braucht noch gar nicht an die strategische Bedeutung der Südspitze Afrikas für die westliche Welt zu erinnern, obwohl natürlich auch sie eng mit Freiheit

*Die Probleme im politischen Umgang mit den Grundwerten potenzieren sich, sobald es darum geht, sie nicht nur theoretisch zu verdeutlichen und gegenseitig abzugrenzen, sondern in praktische Politik umzusetzen.*

und Gerechtigkeit zusammenhängt, weil beide Grundwerte – bei allen berechtigten Anfragen im einzelnen – in den Staaten der westlichen Welt unbestreitbar viel besser gesichert sind als etwa im Ostblock, für den ein Systemwechsel in Südafrika fast zwangsläufig von Vorteil wäre.

Viel unmittelbarer kommen die Grundwerte ins Spiel, wenn man die Frage aufwirft, wie die politische Ordnung Südafrikas denn aussehen würde, sobald die schwarzen Bevölkerungsgruppen dort die Macht übernehmen. Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD hat in ihrer Thesenreihe „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft“ (1973) in einem ähnlichen Zusammenhang ausgeführt: „Es muss ein realisierbares Konzept einer neuen, funktionsfähigen Ordnung vorhanden sein, die die bekämpfte alte Ordnung ersetzen kann. Die angestrebte Ordnung muss ihrerseits am Gedanken der Menschenrechte ausgerichtet sein und auch den bisherigen Unterdrückten Lebensraum gewähren.“ Dies ist eine bedenkenswerte Forderung – weit über den seinerzeitigen Anlass hinaus. Das Beispiel Kambodscha sollte auch dann schrecken, wenn man die gegenwärtige Innenpolitik Südafrikas kritisch betrachtet. Die Grundwerte und der Einsatz für sie sind ihrem Wesen nach unteilbar und sie sind vor allem nicht mit einem Einbahnstraßenschild versehen.

Gerade das Beispiel Südafrika zeigt also, wie leicht eine Politik, die es mit den Grundwerten ernst meint, rasch vor fast

unlösbare Abwägungsprobleme gestellt wird. Konflikte zwischen Grundwerten können dann nicht am grünen Tisch, gewissermaßen rechnerisch, abgewogen und ausgeglichen werden, sondern sie müssen in einer Politik aufgelöst werden, die auf Abbau der Konflikte abzielt und die es insbesondere den Beteiligten ermöglicht, von ihren meist überspritzten Positionen „herunterzukommen“.

Es ist hier nicht der Ort, der Bundesregierung ein umfassendes Konzept für ihre Steuerpolitik oder für ihre Südafrika-Politik zu unterbreiten. Wer aber über Grundwerte spricht, der sollte wissen, dass er in der Politik alsbald vor solchen Konfliktsituationen steht, und er sollte auch wissen, dass solche Situationen meist nicht im Sieg

des einen Grundwertes und in der Niederlage des anderen aufgelöst werden können, sondern in einem weitgehenden Ausgleich.

Wir Deutschen neigen im allgemeinen dazu, solche Ausgleichslösungen als opportunistischen, halbherzig oder gar faul zu missdeuten, weil jener Grundwert, den wir im Augenblick gerade favorisieren, dabei nicht voll zum Tragen kommt. In Wirklichkeit besteht eine verantwortliche Politik in nichts anderem als in diesem Ausgleich zwischen Grundwerten.

# Wie politisch soll die Kirche sein? (1986)

| Albrecht Martin

Eines Tages war ein gewisser Onesimos zum Apostel Paulus gekommen und Christ geworden.

Dieser Onesimos war Sklave eines gewissen Philemon gewesen und diesem entlaufen. Dieser Philemon seinerseits war durch die Predigt des Paulus bekehrt worden, und nun schickt Paulus den Onesimos zu seinem früheren Herrn Philemon zurück, nicht etwa mit der Forderung, den Onesimos freizulassen, sondern damit dieser dort wieder Sklave sei. Rechtlich soll sich, wie Paulus ausdrücklich vermerkt, nichts ändern. Aber in Wirklichkeit, nämlich im Verhältnis der beiden zueinander, soll alles anders geworden sein, denn durch den Glauben sind beide Brüder geworden. Ein politischer Brief? Ganz gewiss ein Brief mit politischen Wirkungen. Einmal insofern, als die Grundlage der Sklaverei radikal zerstört wird. Dort, wo das Evangelium gehört wird und im Menschen das Kind Gottes und der Bruder gesehen wird, kann und darf es auf Dauer keine Rechtsordnungen geben, die die Würde des Menschen als eines Gotteskinds missachten.

Nun wird man einwenden müssen, dass dem Apostel Paulus schon aus praktischen Gründen kaum etwas anderes übrigblieb als das, was er im Brief an Philemon fordert. Die verschwindend geringe Zahl der Christen und die Stabilität der Rechtsverhältnisse im Römischen Reich machten jede äußere Agitation oder gar revolutionäre Bewegung völlig unmöglich. Und wie Paulus über die Möglichkeit dachte, die vom Evangelium her verheißene radikale Veränderung aller Verhältnisse politisch umzumünzen, kann man im 13. Kapitel seines Römerbriefes nachlesen. Karl Barth hat das schon 1920 in einer bis heute gültigen Weise

kommentiert. Darum meine ich, dass über die Zeitbedingtheit der Aussagen des Apostels Paulus hinaus er uns eine Mahnung auch für heute gibt: Vorsicht mit allen Rezepten radikaler Veränderung der Verhältnisse.

## Die Botschaft des Evangeliums wirkt politisch

Kirche ist zunächst einmal in eminenter Weise politisch, wenn sie die Botschaft des Evangeliums weitersagt und wenn Menschen von dieser ergriffen und zu neuen Menschen werden. Es ist unter Umständen von großer politischer Wirksamkeit, wenn Menschen, die Angst haben und verzweifelt sind, getröstet werden, wenn Menschen, die in scheinbar aussichtsloser Lage sind, erfahren, dass Gott der Herr ist und sie nicht verlässt, auch wenn alles dagegensprechen scheint. Das gilt übrigens nicht nur in Fällen des persönlichen Leids, das dem einzelnen widerfährt, es gilt auch für das Erleben schrecklicher Katastrophen, in die Völker hineingeraten können.

Kirche wirkt politisch, wo sie tröstet, wo sie durch ihre Predigt Menschen Zuversicht statt Angst vermitteln. Man das – und ich weiß, dass ich mich jetzt aufs Glatteis begeben – auch so bezeichnen: Kirche wirkt politisch, indem sie die Leidensfähigkeit von Menschen erhöht. Mindestens die Älteren unter uns werden eingestehen, dass sie schwere Zeiten dadurch durchstehen konnten, dass sie fähig waren, viel Leid zu ertragen. Ich meine damit weder die Haltung des Trotzes noch die der Gleichgültigkeit dem Leid gegenüber. Beides hält nicht lange vor, wie ich als Siebzehnjähriger im Kriegsgefangenenlager sehr wohl erlebt

habe. Ich meine auch nicht das Hinnehmen von Leid, sondern das Annehmen, und damit ist der Unterschied zwischen Gleichgültigkeit und bewusstem Erleben umschrieben.

Auf Glatteis habe ich mich begeben, weil man nun mir entgegenhalten wird, dass durch die Predigt die Leidensfähigkeit der Menschen erhöht wird und sie sich dann gegen die Vergewaltigung durch die Mächtigen nicht mehr zu Wehr setzen, dass das Evangelium eine Art Opium für das Volk wird. Dem kann ich folgendes entgegenen:

1. Kirche richtet sich mit ihrer Verkündigung grundsätzlich an alle. Sie ruft den Mächtigen wie den Schwachen in die Verantwortung. Wo sie das nicht tut, wird sie in der Tat ihrem Auftrag untreu.
2. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, Leid hinzunehmen, sondern anzunehmen; das aber bedeutet immer den Ruf in die Aktivität. Solche von der Annahme des Leides ausgehende Aktivität verändert auch die Verhältnisse, oft vielleicht langsam, immer aber äußerst nachdrücklich.
3. Der Ruf, das Evangelium ernstzunehmen, muss unter den Bedingungen unserer demokratischen Ordnung betrachtet werden.

## Die wechselseitige Verantwortung von Kirche und Staat

In der Denkschrift der EKD „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe wird der besondere Wert der demokratischen Ordnung nicht zuletzt darin gesehen dass „Grundelemente des freiheitlichen demokratischen Staates



*Albrecht Martin*

*(Bundesvorsitzender des EAK:  
1984–1990)*

Achtung der Würde des Menschen, Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit“ sind. Und die Denkschrift fährt fort: „Der Gedanke der Menschenwürde ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Gottes“. Wenn also unser Grundgesetz in Artikel 1 ausdrücklich feststellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“, so ist damit auch auf der einen Seite die politische Verantwortung der Kirche begründet und auf der anderen Seite der Staat gehalten, die politische Verantwortung der Kirche zu respektieren. Die Verantwortung der Kirche ergibt sich daraus, dass sie, sofern sie die Botschaft und ihren Auftrag ernst nehmen will, darüber zu wachen hat, dass die Würde des Menschen tatsächlich respektiert wird. Es geht bei allem politischen Handeln um den Menschen, für den Staat des Grundgesetzes um die Würde des Menschen. Also hat, könnte man meinen, Kirche auf allen Feldern der Politik mitzureden. Aber stimmt das? Ich antworte darauf: Ja und nein! Ja, insofern Kirche tatsächlich bei allen einigermaßen wichtigen politischen Entscheidungen die Frage zu stellen hat, ob das Gebot, die Würde des Menschen zu achten,

ernstgenommen wird, und zwar in dem Sinne, dass diese Würde des Menschen ihre inhaltliche Bestimmung erfährt vom biblischen Menschenbild. Dazu gehört, dass sie nach den langfristigen Folgen politischer Entscheidungen für die Menschen fragt, nach den Auswirkungen unseres Handelns für ferne Völker und Länder auch nach den Folgen heute zu treffender

*Der Auftrag, Frieden zu schaffen, zu wahren und zu sichern, folgt aus der Botschaft des Evangeliums.*

*Der Weg, diesem Auftrag gerecht zu werden, ist unserem verantwortlichen Entscheiden und Handeln anvertraut.*

Entscheidungen für die Erhaltung der Erde als Teil der Schöpfung, die unserer Mitverantwortung anvertraut ist. Zu all dieser politischen Verantwortung der Kirche sage ich also ja. Nein sage ich ebenso deutlich, wenn unter der Forderung der politischen Verantwortung von Kirche man meinen sollte, dass Kirche selbst bestimmte Lösungsvorschläge angesichts politischer Probleme vorlegt. Diese Einschränkungen mache ich nicht, weil ich der Kirche in jedem Falle jede Sachkompetenz bestreiten wollte. Für uns evangelische Christen ist Kirche die Gemeinde der Gläubigen, und warum sollte es unter ihnen nicht auch Leute mit Sachkompetenz geben. Mein eigentlicher Grund, die oben genannte

Grenze politische Verantwortungswahrnehmung durch Kirche aufzuzeigen, ist vielmehr folgender:

Wenn ich vor der Aufgabe stehe, den Frieden zu wahren und Freiheit zu sichern, oder wenn ich vor der Aufgabe stehe, den Energiebedarf der Menschen in unserem Land zu decken, dann werde ich eine Fülle von Gesichtspunkten zu prüfen haben.

Bei der Analyse der vorgegebenen Lage können Christen zu höchst unterschiedlich Ergebnissen kommen. Sie können natürlich sowohl bei der Analyse wie auch bei den vorgeschlagenen Wegen zur Lösung eines Problems irren. Weil das so ist, kann Kirche allenfalls von kompetenten Gliedern unterbreitete Lösungsvorschläge für politische Fragen zu erwägen geben. Sie kann sich selbst nicht mit einem Lösungsvorschlag identifizieren.

Der Auftrag, Frieden zu schaffen, zu wahren und zu sichern, folgt aus der Botschaft des Evangeliums. Der Weg, diesem Auftrag gerecht zu werden, ist unserem verantwortlichen Entscheiden und Handeln anvertraut. Die verschiedenen durchaus denkbaren politischen Konzeptionen, das Ziel zu erreichen, ergeben sich nicht zwingend aus dem Evangelium. Ähnliches gilt für die anderen großen Probleme, vor denen wir heute weltweit stehen.

# Sozialismus am Ende (1990)



Peter Hintze

(Bundesvorsitzender des EAK:  
1990–1992)

| Peter Hintze

Wir können in diesen Tagen eine interessante Beobachtung machen. Während sich die Menschen in Osteuropa mit Schrecken von allen Spielarten des Sozialismus abwenden, erleben wir bei einigen westdeutschen Theologen eine nostalgisch verkündete Sozialismus-Renaissance. Dabei wird die These aufgestellt, nicht der Sozialismus sei gescheitert, sondern es hätten lediglich die dafür verantwortlichen Politiker versagt. Der Sozialismus sei eine menschenfreundliche Idee, die es zu retten gelte. Diese Behauptung hat zwar nicht den geringsten empirischen Anhaltspunkt, wird aber vielleicht gerade deshalb besonders energisch vertreten.

Es verwundert nicht, dass die SED/PDS diese These gerne aufgreift. So versucht sie, Mauer und Todesstreifen als stalinistischen Irrtum abzutun, die miserablen Ergebnisse der Planwirtschaft herunterzuspielen und das totalitäre Antlitz des SED-Staates als Betriebsunfall hinzustellen. Die Idee des Sozialismus sei dadurch aber nicht widerlegt. Traurig ist, dass die PDS bei diesem Versuch der Sozialismusapologie auch noch kirchliche Unterstützung findet.

So lud die Evangelische Akademie Mülheim zu einer Tagung mit dem Thema „Sozialismus am Ende?“ ein, bei der ein PDS-Präsidiumsmitglied das Einleitungsreferat hielt. Unter dem Beifall des PDS-Parteiorgans „Neues Deutschland“ legte er dar, dass es eben „unterschiedliche

*Wir müssen feststellen, dass die Überwindung der Güterknappheit, die soziale Sicherung der Arbeitnehmer, die Mitbestimmung, die Humanisierung der Arbeitswelt und die gerechte Beteiligung an der steigenden Wirtschaftskraft eben nicht durch den Sozialismus, sondern durch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erzielt wurden.*

Ausformungen“ des Sozialismus gebe. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger, die die friedliche Revolution in der DDR getragen haben, können es nur als Hohn empfinden, dass ausgerechnet eine Evangelische Akademie ein solches Forum bietet.

Wir müssen als EAK in der Diskussion deutlich machen, dass der Sozialismus von seiner Natur her totalitär ist und nur gegen die Menschen durchgesetzt werden kann.

Damit übersehen wir nicht, dass der Sozialismus im 19. Jahrhundert der Versuch war, die sozialen Folgen der

industriellen Revolution zu bewältigen. Wir müssen aber feststellen, dass die Überwindung der Güterknappheit, die soziale Sicherung der Arbeitnehmer, die Mitbestimmung, die Humanisierung der Arbeitswelt und die gerechte Beteiligung an der steigenden Wirtschaftskraft eben nicht durch den Sozialismus, sondern durch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erzielt wurden.

## **Sozialismus – keine menschenfreundliche Utopie**

Der Sozialismus ist keine menschenfreundliche Utopie, wie seine Verteidiger behaupten, er ist bestenfalls eine politische Fata Morgana. Dieses Trugbild darf nicht aufs neue Menschen in die Irre führen. Die von den Kirchen eingeforderte „Solidarität der Weltgesellschaft“, das Wissen, dass wir von Gott den Auftrag zur Bewahrung seiner Schöpfung haben und uns mit humanitärer Vernunft und technischer Rationalität dieser Aufgabe stellen, hat nichts mit dem Begriff „Sozialismus“ zu tun. Mit fröhlichem Glauben, festem Herzen und wachem Verstand wollen wir für die Menschen arbeiten.

# 40 Jahre EAK der CDU/CSU (1992)

## Klares protestantisches Profil in ökumenischer Offenheit

| Peter Hintze

„Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ – hieß das Thema der Gründungs-tagung des Evangelischen Arbeitskreises, die vom 14.–16. März 1952 in Siegen stattfand. 40 Jahre nach seiner Gründung beschäftigt sich der Evangelische Arbeitskreis mit der Vollendung der inneren Einheit in Deutschland. In Berlin, Bonn und Dresden haben wir Deutschlandforen zu den großen Themen „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“ durchgeführt. Ganz bewusst haben wir die Themen des Konziliaren Prozesses auf die Situation im vereinten Deutschland bezogen.

Im Laufe seiner Geschichte hat sich der EAK zum Ort der Grundsatzarbeit in der Union entwickelt. Die Bundesvorsitzenden, Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Gerhard Schröder, Roman Herzog und Albrecht Martin haben mit ihrer Persönlichkeit das Bild des EAK bestimmt. Klares protestantisches Profil und ökumenische Offenheit haben dabei nie im Widerspruch zueinander gestanden.

In der Grundsatzprogrammkommission der CDU diskutieren wir zur Zeit das „C“ im Namen unserer Partei. Für uns Protestanten in der CDU hat das „C“ seine ungebrochene Gültigkeit. Es steht für die Gemeinschaft von katholischen und evangelischen Christen, die zur Gründung unserer Union führte. Es steht für die gemeinsame Überzeugung, dass der Mensch von Gott geschaffen und ihm verantwortlich ist. Schließlich steht es für die weltverändernde Kraft, die vom Evangelium ausgeht.

In dem neuen Bundesländern wird heute die Frage diskutiert, ob der Hinweis auf die evangelische Verantwortung in einer säkularisierten Welt noch ihr Recht habe, Ob nicht die Christen der beiden

großen Konfessionen angesichts der wachsenden Zahl von Nichtchristen über eine neue ökumenische Gemeinsamkeit nachdenken sollten. Diese Frage beschäftigt den EAK seit seiner ersten Stunde.

Der Gründungsvorsitzende des EAK, der damalige Bundestagspräsident Hermann Ehlers, wusste auch von den Bedenken in den eigenen Reihen und stellte darum schon in Siegen fest: „Der Zweck dieser ersten evangelischen Arbeitstagung der CDU in Siegen ist es, einmal Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammenzubringen- evangelische Menschen, die in besonderer Verantwortung in der CDU stehen, und zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen gemeinschaftlichen Fragen zu erörtern und sie an ihre besondere Verantwortung zu erinnern. Es ist nicht daran gedacht, daraus ein neues politisches Gebilde wachsen zu lassen, sondern ganz im Gegenteil eine Stärkung der CDU, in der beide Konfessionen sich vor sieben Jahren zu einem gemeinsamen politischen Handeln verbunden haben.“

Hermann Ehlers war geprägt von den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Nazi-Diktatur. Er wusste um das schwierige Verhältnis der evangelischen Christen zum Staat: „Wir wissen genau dass wir darunter leiden, dass auf evangelischer Seite viele Menschen nicht bereit sind in eine politische Verantwortung zu gehen.“

Das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft und das Verständnis des Politischen ist im evangelischen Bereich Gegenstand der Diskussion geblieben. 50 Jahre nach der Barmer Theologischen Erklärung fand in Wuppertal unter dem Motto „Barmen heute- der Christ im Staat des Grundgesetzes“ eine Bundestagung des EAK statt, deren Beiträge Ausdruck des fortgesetzten

Bemühens einer Positionsbestimmung zwischen aktiver Mitgestaltung und kritischer Distanz waren.

Heute, nachdem wir die staatliche und kirchliche Einheit in Deutschland wiedergefunden haben, begegnen sich evangelische Christen mit höchst unterschiedlichen Erfahrungen im Umgang mit staatlicher Autorität. Aus dem Erleben von Unterdrückung und Unrecht haben wir gemeinsam zu lernen, um im Sinne der Demokratie-Denkschrift der EKD den Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe zu verstehen.

An der Bundestagung 1990 nahmen zum ersten mal wieder Menschen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und dem Ostteil Berlins teil. Wir waren froh, mit ihnen „über die Freiheit eines Christenmenschen“ diskutieren zu können. Ich habe auf dieser Tagung gesagt, dass der EAK Brücken bauen muss, dass neben der beabsichtigten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gemeinschaft auch die geistige Wiedervereinigung gelingen müsse. Die Aufgabe bleibt auf der Tagesordnung. Deutschlandgeschichte hat der EAK nicht zuletzt dadurch erlebt dass Bundeskanzler Helmut Kohl auf dieser Wuppertaler Tagung den Artikel 23 unseres Grundgesetzes als Königsweg zur Deutschen Einheit bezeichnet hat. So ist dann ja auch gekommen!

40 Jahre EAK sind für uns nicht nur Anlass zum dankbaren, aber auch selbstkritischen Rückblick. Wir müssen uns verstärkt um junge Mitglieder bemühen und die Arbeit vor Ort breiter anlegen. Dabei versteht sich der EAK als Ansprechpartner der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirchen. Unsere Grundsatzarbeit werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

# Politik und Moral im Spannungsfeld von Medien, Kirche und Gesellschaft (1993)

| Dr. Angela Merkel

Immer wieder sprechen wir in diesen Tagen über das Thema „Politik und Moral“. Auch wenn ich manchmal denke: Wir haben nun schon eine ganze Menge Probleme durch die deutsche Einheit – natürlich auch eine Menge Freude – und nun haben wir auch noch die Diskussion über die Politik an sich, die sich die Bundesrepublik auch schon 15 Jahre früher hätte gönnen können. Insofern frage ich mich manchmal: habe ich jetzt die guten, friedlichen Zeiten versäumt, als die Politiker noch etwas galten und jetzt, wo wir aus dem Osten nun mit Politik machen können, da ist die Politik in die Krise geraten. Was ist überhaupt los mit dieser Bundesrepublik, die wir aus der ehemaligen DDR oder mehr oder weniger durch das Fernsehen kannten und von der man doch den Eindruck hatte, dass die wichtigen Probleme gelöst sind?

Unsere Erfahrung jetzt hat doch wahrscheinlich etwas damit zu tun, dass mit der Deutschen Einheit sich in Europa, in der Welt eine ganze Menge geändert hat, dass ein ganzes Weltsystem, der „klassischen Gegner“ der freiheitlichen Demokratien, der Kommunismus zusammengebrochen ist und dass jetzt auch die bundesrepublikanische Demokratie vor einer ganz neuen Bewährungsprobe steht. Sie muss ohne ein System neben sich, das offensichtlich schlechter oder ineffizienter oder überhaupt abstrus ist, beweisen: ja, wir sind fähig voranzugehen, unsere Probleme zu lösen und vor allen Dingen auf die Anforderungen zu reagieren, die die heutige Zeit mit sich bringt.

Diese Probleme haben wiederum auch nur sehr mittelbar etwas damit zu tun, dass wir die Deutsche Einheit haben

und dass auch in Mittel- und Osteuropa die sozialistischen oder kommunistischen Diktaturen zusammengebrochen sind.

Auch ohne diesen Zusammenbruch scheint mir, hat sich in der übrigen Welt vieles geändert, was wir vielleicht gar nicht so wahrgenommen haben. Unsere Gesellschaft ist immer mehr zu einer Informationsgesellschaft geworden, in der wir im Grunde, wenn wir uns so inter-

*Unsere Gesellschaft ist immer mehr zu einer Informationsgesellschaft geworden, in der wir im Grunde, wenn wir uns so interessieren, alles wissen könnten, aber überhaupt nicht in der Lage sind, alle Informationen zu verarbeiten, geschweige denn sie in unser Wertesystem einzuordnen.*

essieren, alles wissen könnten, aber überhaupt nicht in der Lage sind, alle Informationen zu verarbeiten, geschweige denn sie in unser Wertesystem einzuordnen. Da ist eine Welt, die sich immer mehr in Richtung der Arbeitsteilung, der Aufteilung von Arbeitsprozessen organisiert, die also immer weniger zusammenhängende Tätigkeiten, z. B. im Familienbereich, kennt. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen. Es gibt eigentlich kaum noch lebensnotwendige Dinge, die die Generationen miteinander verbringen müssen. Früher gehörten der Bauer, die Felder und die Kinder zusammen. Nur so konnte überhaupt das Bauerndasein gesichert werden.

Wir leben in einer Welt, in der es in unseren Breiten zumindest sehr viel mehr Freizeit gibt. Haben wir gelernt mit dieser Freizeit umzugehen? Und wir haben eine Republik, in der über 40 Jahre Demokratie dazu geführt haben, dass die Bürger emanzipierter geworden sind. Autoritäten

oder autoritäre Strukturen gelten nicht mehr so einfach etwas, nur weil sie autoritäre Strukturen sind. Darüber sind wir ja froh. Und wir leben in einer Welt, die bei uns jedenfalls in Mitteleuropa, mit erheblichen demographischen Änderungen verbunden ist. Die Menschen werden älter, sie leben länger – ein großer Erfolg von Wissenschaft und Technik. Das heißt aber im Gegensatz zu Kasachstan, wo 60 % der Menschen unter 25 Jahre alt sind, sind es bei uns noch 15 %. In den 50er Jahren waren es immerhin noch fast 30 %. Das alles hat erhebliche Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen Strukturen und das alles hat mit der Deutschen Einheit und dem Zusammenbruch des Kommunismus so gut wie nichts zu tun. Deshalb ist ja die Frage, wie machen wir nun weiter?

## Rolle der Politik

Welche Rolle hat dabei die Politik, aber welche Rolle haben auch andere Teile der Gesellschaft, die Kirche, die Medien?

Nun wird im Zuge der Emanzipation auch der Bürger gefragt: Ist denn das überhaupt noch das richtige politische System, um mit den Problemen, die wir haben, umzugehen?

Oder sind nur die Politiker unfähig und können uns nicht mehr vernünftig sagen, wo es weitergeht. Und nach Zeiten der Expansion und des Wachstums ist auch eine Haltung da, die sagt, wir erwarten eigentlich von Euch Politikern, dass ihr uns a) sagt, wo es lang geht und b) doch eine ganze Menge Sicherheit vermittelt, dass alles besser wird. Die Frage ist, ob Politiker das überhaupt können



*Dr. Angela Merkel*

*(Bundesvorsitzende des EAK:  
1992–1993)*

und wenn sie es nicht können, ob es nun prinzipiell unmöglich ist oder ob nur gerade die falschen Politiker im Amt sind, die dazu nicht fähig sind.

Diese Frage müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass wir natürlich schon einen anderen Zustand haben als in den 50er, 60er Jahren und auch wieder Mitte der 80er Jahre, wo es Wachstumsphasen gab. Damals konnte im Grunde jeder, der ein bestimmtes Interesse in dieser Republik vertreten hat, darauf warten, dass er an dem Gesamtwachstum beteiligt wird und auch Stärkung erfährt.

Schwierig wird die Sache erst in Zeiten, in denen es kein Wachstum gibt. Kann unser System auf neue Herausforderungen angemessen reagieren? Diesen Beweis werden wir jetzt erbringen müssen. Nun hatte ich in meiner Einfalt, als ich fröhlich dem Geltungsbereich des Grundgesetzes entsprechend Artikel 23 beigetreten bin, gedacht, dass ja gerade das Gute an der Bundesrepublik Deutschland ist, dass es sich um ein lernfähiges System handelt. Denn eines war sicher, die Diktaturen, die waren nur sehr mangelhaft lernfähig. Wenn jede Knaptheit von Zahnbürsten im Politbüro diskutiert werden musste, dann verlor man das Vertrauen in die Lernfähigkeit dieses zentralistisch gesteuerten Systems. Aber auf die Frage, wie lernfähig denn nun diese alte Bundesrepublik war und wie lernfähig die neue Bundesrepublik ist, muss ich sagen, bin ich oft nicht besonders zufrieden mit der Antwort oder ich kann auch sagen, ich hatte mir etwas mehr erwartet.

Da stellt sich natürlich dann die Frage: Was sind denn eigentlich die Grundlagen, aus denen heraus Politiker entscheiden? Denn wenn es z. B. darum geht, neu zu verteilen, anders zu

verteilen, neue Akzente zu setzen, dann muss man natürlich fragen, mit welcher Zielrichtung und aufgrund welcher Orientierung tun wir das. Ich denke, dass hat dann schon etwas mit Moral zu tun. Unser Wertesystem in der CDU ist ganz klar geprägt vom christlichen Menschenbild, auf dieses sollten wir uns immer wieder auch zurückbesinnen, wenn wir neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Da kommt man dann zu ziemlich altertümlichen Begriffen wie Solidarität und zu der Frage, was ist eigentlich für uns das Wichtige, was wollen wir?

#### **Grundlagen der politischen Entscheidungen**

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat die CDU immer gesagt: Wir wollen entsprechend dem christlichen Menschenbild versuchen, die Fähigkeiten und Möglichkeiten jedes einzelnen Menschen in möglichst gerechter Weise in dieser Gesellschaft zur Wirkung kommen zu lassen. Dieses wollen nun viele, aber die politischen Antworten aus der gleichen Wertevorstellung heraus, können sehr unterschiedlich sein. Das führt dann manchmal dazu, dass man sich fast nicht mehr traut zu sagen: ich bin auch ein Christ oder eine Christin, weil man Angst hat, dass einem vorgehalten wird, dass schon die christliche Botschaft in sich bestimmte politische Antworten impliziert. Das ist aber nicht immer so, und der EAK hat auch immer wieder betont: pass auf, liebe evangelische Kirche, wir sind auch Christen. Man kann durchaus aus ein- und derselben Orientierung, aus ein- und demselben Christsein heraus zu verschiedenen politischen Antworten kommen.

Insofern glaube ich, ist es ganz wichtig zu sagen, dass Glaube und Politik oder Wertesystem und Politik so einfach keine Einheit bilden können, sondern dass Politik doch mehr etwas Pragmatisches, etwas Handlungsorientiertes ist. Sehr verschiedene Handlungen können aber aus ein- und derselben moralischen Grundlage begründet werden.

Niemand hat vielleicht mehr als der EAK in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik, diese Spannung immer wieder artikuliert und deutlich gemacht. Katholische Christen hatten in dieser Frage oft weniger Spannung auszuhalten. Aber ich finde es halt auch spannend, wenn man über diese Dinge streitet.

Nun scheint es so zu sein, dass es bei den Deutschen besonders schlimm ist mit dem Verhältnis von Moral und Politik. Schon der Spanier Ortega u Gasset hat geschrieben: „Nirgendwo braucht die Redeweise von der Politik als einem schmutzigen Geschäft weniger begründet zu werden als in Deutschland. Das versteht sich nahezu von selbst.“ Wir neigen sehr dazu, alles, was wir über Politik sagen und denken, gleich mit einem moralisierenden Urteil zu behaften und damit sozusagen eine Glaubensfrage aus bestimmten Dingen zu machen. Auch darin, muss ich wieder sagen, ist die CDU zum Teil Meister. Wenn’s denn gar nicht weiter geht und man mit pragmatischen Argumenten nicht vorankommt, dann sagt man, dies ist eine Grundfrage und deshalb müssen wir das so beantworten. Auch davor warne ich sehr.

*Denn auch da müssen wir in der Politik redlich sein und das Bemühen jedes Einzelnen akzeptieren und auch akzeptieren, dass ein anderer in unserer Partei auf der Grundlage des christlichen*

*Menschenbild zu anderen möglichen Antworten kommt.*

Ich glaube, dass muss eine Volkspartei, wie die CDU, aushalten. Ich sage dies und habe dabei auch die Diskussion um den § 218 im Kopf.

Ich rate jedem, der Politik betreibt, nicht zu schnell mit den moralischen „Totschlagargumenten“ wieder auf die Tagesordnung zu treten.

Was macht nun die Politik so zur Grauzone, wenn nicht gar zum schmutzigen Geschäft im Sinne von Herrn Gasset in Deutschland? Das hat etwas damit zu tun, dass wir uns mit der Macht schwer tun und dass wir meinen, dass Parteilichkeit, parteiisches Auftreten immer etwas mit Eigeninteresse zu tun hat, und das Eigeninteresse hat nicht so einen besonders hohen Stellenwert. Im Grunde ist das scheinheilig, weil wir natürlich alle sehr eigeninteressiert sind. Das ist ja auch das Gute und Richtige an der CDU, dass sie weiß, dass das eigene Interesse der Motor gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Wenn wir das nicht akzeptieren und entwickeln, dann werden wir eben nicht vorankommen in der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Deshalb sollten wir in der CDU nicht so tun, als ob wir Eigeninteresse nicht etwa schätzen würden. Ich kann Ihnen versichern und ich spreche nun wieder von meinen Erfahrungen aus meiner DDR-Zeit, wenn Sie den Menschen das eigene Interesse rauben, dann werden Sie eben vieles von gesellschaftlicher Entwicklung und Triebkraft verlieren. Deshalb seien wir froh, solange Menschen Eigeninteressen entwickeln.

Moralischer Rigorismus, der häufig vermengt wird mit politischen Handlungsnotwendigkeiten, führt sehr schnell zur Polarisierung von Standpunkten. Es wird dann mit großer Unerbittlichkeit gestritten und das Ganze hat als negative Folgemöglichkeiten – ich sage Möglichkeiten – Intoleranz und Uneinsichtigkeit. Aus meiner Sicht bedeutet das einen klaren Verfall der politischen Kultur, die Reduzierung der Politik auf Eindeutigkeiten.

Jede politische Entscheidung wird wahre Momente und nicht so wahre oder wichtige Momente enthalten, wobei die wahren Momente natürlich überwiegen

sollten, aber kaum eine politische Entscheidung ist in dieser Hinsicht eindeutig.

Politik wird dann eben nicht mehr als ein Prozess des Abwägens und der Kompromissuche verstanden, sondern die politische Debatte wird letztendlich immer unpolitischer, wenn wir sie mit moralischen Kategorien vermischen.

### **Andere Standpunkte**

Deshalb ist es für unsere politische Kultur außerordentlich wichtig, dass wir akzeptieren, dass jeder sein eigenes Wertesystem, sein eigenes moralisches Gefüge hat, dass wir andere Standpunkte gelten lassen, dass wir ein geltendes Maß an Toleranz aufbringen und dass wir auf den moralischen Alleinvertretungsanspruch in der Politik verzichten. Ansonsten verliert die Politik nämlich ihre zweite Seite,

*Ich glaube, dass Glaube und Politik oder Wertesystem und Politik so einfach keine Einheit bilden können, sondern dass Politik doch mehr etwas Pragmatisches, etwas Handlungsorientiertes ist. Sehr verschiedene Handlungen können aber aus ein- und derselben moralischen Grundlage begründet werden.*

ihre unerlässliche und wichtige Seite. Wenn Politik nicht nur parteiisch ist, hat sie nur noch die Fähigkeit zum Ausgleich. Der Ausgleich zwischen den Einzelinteressen ist die herausragende Aufgabe der Politik.

Wenn wir heute über die Möglichkeiten von Politik in der Bundesrepublik nachdenken, dann ist das genau die Frage: Kommen wir dazu aus lauter Eigeninteressenvertretung noch dazu, Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Ausgleich findet sich eben immer, besonders schnell, wenn jeder etwas dazu kriegt. Dann braucht man nicht lange zu feilschen, dann geht es relativ glatt. Aber wenn vielleicht einer etwas dazubekommt und dem anderen wird etwas genommen, dann wird die Sache schon viel schwieriger. Manche sagen, so etwas ist in unserem System überhaupt nicht machbar. Ich gehe aber davon aus, dass wir den Ausgleich schaffen. Wie kompliziert die Sache ist, erfahren wir in dieser Zeit, in der wir genau dieses leisten müssen. Das heißt also, wir brauchen Politiker mit einem festen inneren Koordinatensystem, aus dem heraus Sie zu Entscheidungen und

Kompromissen fähig sind, aber wir brauchen, weniger politische Moralisten – die helfen uns zur Zeit aus meiner Sicht nicht weiter. Und wir brauchen, und das halte ich auch für ganz wichtig, in unserer Gesellschaft wieder die Zuordnung der eigenen Aufgaben. Weder ist die Politik dafür verantwortlich, den Menschen den Sinn des Lebens zu erklären, noch ist es die Aufgabe der Kirche, ständig politische Entscheidungen zu kommentieren und an ihnen das Christsein oder Nichtchristsein zu definieren...

Wir brauchen uns als Politiker nicht zu wundern, wenn die Menschen über uns enttäuscht sind, weil wir ihnen falsche Dinge versprochen haben, nur weil wir zu einer bestimmten Zeit aus Bequemlichkeit einem bestimmten Streit aus den Wege gegangen sind. Ich habe den Eindruck, dass viele die heute über die Politik oder

die Politiker verdrossen sind, nur deshalb verdrossen sind, weil sie den Eindruck haben, die Politiker haben ihnen nicht alles gesagt, was sie hätten wissen können. Deshalb ist es ganz wichtig, um auch die Frage der Moral in der Politik

überhaupt wieder in den Griff zu bekommen, dass Politiker aufhören – ich sage es selbstkritisch – falsche Versprechungen zu machen. Denn erstens sind die Menschen nicht so dämlich, dass sie dauernd glauben würden, das ist wieder ein Irrtum und zweitens tun wir uns selber keinen Gefallen. Wenn wir eben zu viel Versprechungen machen, dann werden wir anschließend daran auch gemessen und dann wird man sagen: Erstens erzählen sie nicht die Wahrheit, zweitens muten sie uns eine Menge zu und dann wollen wir doch mal gucken, wie die eigentlich leben. Dann beginnt ein scharfes Infrage stellen mit einem Rigorismus, von dem ich an manchen Stellen nicht weiß, ob er uns wirklich weiterbringt. Denn wenn er zum Schluss dazu führt, dass keiner mehr besondere Lust hat, in die Politik zu gehen, der noch irgendwie kreativ und ideenreich ist, dann wäre unserem politischen System insgesamt, glaube ich, nicht gedient...

Deshalb meine ist, kritisieren ist erlaubt, ist erwünscht, ist notwendig in dieser Gesellschaft, es muss aber auch einhergehen mit etwa ähnlichen Maßstäben für alle ... Wenn wir anfangen,

die individuelle Beurteilung eines Politikers immer dann besonders intensiv zu betreiben, wenn seine Handlungen besondere Kontroversen auslösen, dann tun wir etwas, was wir so nicht tun sollten, denn dann wird Politik nicht mehr politikfähig sein. Wir können nicht anfangen, je nach dem Beliebtheitsgrad des jeweiligen Politikers, zu einem bestimmten Zeitpunkt

unterschiedliche Maßstäbe anzulegen und zu sagen: der macht da jetzt zur Zeit so viel, was uns eigentlich nicht passt, und deshalb gucken wir doch mal genau, was das für ein Mensch ist. Das ist eigentlich meine größte Sorge bei der augenblicklichen Diskussion, und damit könnten wir uns die besten Leute kaputt machen, und das wäre nicht richtig.

Deshalb also mein Appell an den EAK: Weiter fest auf den moralischen Fundamenten zu stehen, an einem Wertesystem festzuhalten; es immer wieder neu zu befragen, aber dazu beizutragen, dass auch kontroverse Politik akzeptiert wird in diesem Lande, auch unter den evangelischen Christen. Dann wären wir schon ganz gut.

*Jetzt erhältlich:*



## 1952–2012 • 60 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Die Geschichte des EAK

**Autoren:** Gottfried Mehnert, Albrecht Martin, Christian Meißner

**Erscheinungstermin:** 17. März 2012

Das Buch ist bereits bestellbar und ist zum Preis von 9,80 € zzgl. Versand erhältlich.

**Sichern Sie sich jetzt Ihr Exemplar!**

### Abschneiden und Einsenden an die

EAK-Bundesgeschäftsstelle  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

als Fax: 030/22070-436 oder  
per E-Mail: eak@cdu.de

### Hiermit bestelle ich ... Exemplar(e)

An (Lieferadresse)\*

Vorname und Name .....

Organisation .....

Straße .....

Plz und Ort .....

\* Bei Abweichung von Liefer- und Rechnungsadresse, teilen Sie uns dies bitte mit.

# Der Evangelische Arbeitskreis im Spannungsfeld von Politik und Kirche (2003)

| Jochen Borchert



*Jochen Borchert*

*(Bundesvorsitzender des EAK:  
1993–2003)*

Seit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) war seine Arbeit immer auch von der umfassenderen Frage nach der grundsätzlichen Möglichkeit einer Parteipolitik, die sich dem Attribut „christlich“ verschrieben hatte, bestimmt. Insbesondere evangelische Stimmen aus dem kirchlichen Bereich gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg zu den großen Bedenkenträgern gegenüber einer Partei mit dem „C“ im Namen. Nicht nur, dass die Union im Grunde genommen als quasi „katholisch“ galt (bis heute hält sich dieses Gerücht ja teilweise immer noch hartnäckig!), auch die beschämenden und desillusionierenden Erfahrungen des völligen Scheiterns nach den dunklen Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft mahnten viele Christen zur Skepsis und Zurückhaltung. Erschwerend kam hinzu, dass sich diese Zeit ja insgesamt auch mitnichten als Ruhmesblatt für die evangelische Kirchlichkeit in Deutschland selbst, mit all ihren damals noch nicht weit zurückliegenden, politischen und ideologischen Verflechtungen, erwiesen hatte.

Menschen wie Hermann Ehlers war es dann schließlich zu verdanken, dass sich die Evangelischen in der Union aber dennoch nicht entmutigen ließen. Die Aufgaben und Ziele, die sich mit der Gründung des EAK verbanden, nämlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der CDU/CSU zu fördern, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Politik zu gewinnen bzw. die Mitglieder der CDU/CSU zu aktivieren und vor sich allem um gute Verbindung zu den Kirchen

zu bemühen und diese zu pflegen, sind bis heute ein Kennzeichen des EAK.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat es natürlich immer wieder auch die unterschiedlichsten Akzentuierungen in der Arbeit des EAK gegeben, so dass es phasenweise mal mehr bzw. mal weniger zu einer thematischen Kongruenz

*Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der CDU/CSU zu fördern, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Politik zu gewinnen bzw. die Mitglieder der CDU/CSU zu aktivieren und sich vor allem um gute Verbindungen zu den Kirchen zu bemühen und diese zu pflegen, sind bis heute Kennzeichen des EAK.*

mit den diversen Positionen der evangelischen Kirchen in Deutschland gekommen ist. Das kann (und darf?) aber auch gar nicht anders sein, denn schließlich ist es ja nicht Aufgabe der Kirchen in direkter Weise Politik zu gestalten. Und die Politik wiederum, die sich an den christlichen Werten und Normen auszurichten gedenkt und noch im Vorfeld ihrer ureigensten praktischen Gestaltungsherausforderung wesentlich von den wichtigen Impulsen und Hintergrundevidenzen, die der Glaube anbietet, lebt, kann diese nicht einfach eins zu eins in die Realpolitik umsetzen. Dass sich somit natürlich auch der EAK der CDU/CSU in diesem Spannungsfeld bewegt, das ja für beide Seiten – Politik wie Kirchen – gleichermaßen eine enorme Herausforderung bedeutet, und dass solches ferner nicht immer ohne „Spannungen“ abläuft, leuchtet unmittelbar ein.

Es gibt und gab immer auch sonst Differenzen zwischen manchen

Positionen der evangelischen Kirche(n) und denen meiner Partei. Man denke nur an die nach dem Krieg so heftig geführte Frage um die Wiederbewaffnung oder den Nato-Doppelbeschluss. Andererseits gilt aber genauso, dass der EAK auch oft Positionen der Kirche stark macht. Da zeigt der EAK, dass er tatsächlich eine „Brücke“ zwischen Politik und Kirche bildet, über die man von beiden Seiten aus schreiten kann, ohne ideologische Scheuklappen bzw. Fraktionszwang.

Der EAK der CDU/CSU – für mich ist er eine Erfolgsgeschichte im Spannungsfeld von Politik und Kirche und insofern wird er für unsere Partei wie auch die evangelische (aber auch katholische!) Christenheit in unserem Land unverzichtbar bleiben!

# Evangelischer Glaube und politische Verantwortung



Thomas Rachel

(Bundesvorsitzender des EAK  
seit 2003)

| Thomas Rachel MdB

Als die Väter und Mütter der Christlich-Demokratischen Union noch inmitten der Trümmer und Verwüstungen des Jahres 1945 davon sprachen, dass eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen könne, wenn man sich auf die „kulturgebildeten sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ besinnen würde, so waren das keine leeren Floskeln. Man hatte noch unmittelbar vor Augen, wohin die Vergottung eines, wie es im Berliner Gründungsauftrag heißt, „verbrecherischen Abenteurers“ und eines politischen Totalitarismus geführt hatten. Demgegenüber sollte die Verantwortung vor Gott und den Menschen zum selbstverpflichtenden Maßstab einer neuen politischen Kultur im Zeichen des Schutzes, der Achtung und Beförderung der Rechte und der Würde eines jeden Menschen werden. Was für ein ambitioniertes Ziel, was für ein Zeichen von Hoffnungskraft und Neubeginn in der Stunde „Null“, wo noch das „Chaos von Schuld und Schande“ herrschte.

Bis heute hat dieser wegweisende Gründungsimpuls der Union für mich nichts an Aktualität eingebüßt: Denn der eigentliche Sitz im Leben dieser immer wieder notwendigen Rückbesinnung auf unsere im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen sind nicht, wie oft unterstellt wird, die sogenannten „Sonntags“- oder „Festreden“ sondern der direkte politische Alltag selbst – mit all seinen Höhen und Tiefen. Die Last der bisweilen sehr großen ethischen Verantwortung, die wir zum Beispiel als Gesetzgeber im Deutschen Bundestag haben, steht mir

dabei immer klar vor Augen. Und das lässt dann übrigens nicht selten eher demütige als triumphalistische Gefühle aufkommen. Denn die Komplexität und Tiefe der Probleme, mit denen wir es in der Politik zu tun haben, weisen uns immer wieder auch schmerzlich an unsere Grenzen. Man könnte auch formulieren: Würde und Bürde gehören bei der Selbstverpflichtung auf das „C“ im Parteinamen untrennbar zusammen.

Eine zentrale Perspektive bei der Frage der Verantwortung von uns Christen in der Politik ist für mich darum das besondere protestantische Freiheitsverständnis: Als evangelischer Christ weiß ich, dass das Ringen um die besten Antwortversuche nun einmal in den Streit und auch in die Zweideutigkeiten dieser Welt hineingehört. Der Versuch, diese Zweideutigkeiten zu leugnen oder überspringen zu wollen, wäre theologisch wie politisch der letztlich unzulässige Versuch, weltliches und geistliches Amt mit-

*Gerade als CDU und CSU haben wir damit die Verpflichtung, die geschichtlich prägend gewordenen christlichen Quellen und Traditionen unserer Identität nicht bloß passiv oder gleichgültig zur Kenntnis zu nehmen, sondern wir müssen uns stets neu, verstärkt und ausdrücklich zu diesen Quellen und Traditionen bekennen.*

einander zu verwechseln. Die direkte Berufung auf besondere geistliche Autoritäten bei den komplexen Alltags- und Gegenwartsfragen, seien es nun die Verlautbarungen eines Bischofs, ein Synodenwort, eine Denkschrift oder gar der vermeintlich direkte Rückgriff auf den Wortlaut der Bibel selbst, kann für das politische Amt nach evangelischem Verständnis allein nicht ausreichen. Denn

eine unmittelbare Umsetzung von Glaubenswahrheiten in die Politik ist nicht möglich. Kirche im geistlichen Sinne kann für den evangelischen Christen auch niemals ein Gegenüber oder gar Über sein, denn durch das Priestertum aller Gläubigen ist jeder getaufte Christ selbst ein mündiges Glied der Gemeinde Jesu Christi. Das schafft weiten Raum für ein engagiertes Freiheitsverständnis, das um seine Verantwortung, seine Gewissensbindung und letzten Verwurzelungen weiß.

Der lutherische Theologe Helmut Thielicke, der in der Zeit der Nazi-Diktatur Mitstreiter von Hermann Ehlers in der Bekennenden Kirche war, hat es einmal so ausgedrückt: „Nimmt man Gott aus dem Leben weg, nimmt man dem Menschen auch die Gottesebenbildlichkeit. Wo Gott weg ist, gilt deshalb auch der Mensch nichts mehr.“ Darum geht es für mich letztlich bei allem politischen Engagement in zentraler Weise. Gerade als CDU und CSU haben wir damit die Verpflichtung, die geschichtlich prägend gewordenen christlichen Quellen und Traditionen unserer Identität nicht bloß passiv oder gleichgültig zur Kenntnis zu nehmen, oder gar in ein bloßes Sonntags-Christentum zu verfallen, sondern wir müssen uns stets neu, verstärkt und ausdrücklich zu diesen Quellen und Traditionen bekennen, und zwar überall dort, wo wir aus unserem Glauben heraus zu unserer politischen Verantwortung stehen. Und dies sollten wir vor allem tun mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzer Kraft, mit Weitblick und Augenmaß und nicht zuletzt mit der Freiheit, Kreativität und Freude eines Christenmenschen!

# Die Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises seit 1952

*Dr. Hermann Ehlers (Bundesvorsitzender des EAK: 1952–1954)*

„Wir haben im deutschen Protestantismus viel zu lange die Vorstellung gehabt, dass man zwar sehr leicht Bürgermeister und Oberbürgermeister, Ratsherren und Landtagsabgeordnete, Staatssekretäre, Minister, Bundesminister und Bundestagsabgeordnete kritisieren könne, dass man aber das Vorrecht habe, sich von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fern zu halten, um in Neutralität und Objektivität um so gründlicher darüber urteilen zu können.“



*Dr. Robert Tillmanns (Bundesvorsitzender des EAK: 1954–1955)*

„Politik ist Gestaltung im Konkreten. Politik heißt, aufgrund richtiger Erkenntnisse des Gegebenen aus einer klaren Konzeption des politischen Ziels das Realisierbare durchzusetzen.“



*Dr. Gerhard Schröder (Bundesvorsitzender des EAK: 1955–1978)*

„Wer den gesellschaftlichen Fortschritt will, muss den politischen Radikalismus konsequent bekämpfen, denn Opportunismus führt zum Verlust der Freiheit.“

*Prof. Dr. Roman Herzog (Bundesvorsitzender des EAK: 1978–1984)*

„Ob die Freiheit, die in diesem Land gelebt wird, eine verantwortliche Freiheit ist, entscheidet sich nicht im Text von Verfassungsgesetzen und verfassungsrechtlichen Urteilen und schon gar nicht in Parteiprogrammen. Es entscheidet sich in letzter Instanz beim einzelnen Bürger, d.h. bei uns selbst, in Ihrem und meinem privaten Verhalten“



*Albrecht Martin (Bundesvorsitzender des EAK: 1984–1990)*

„Der EAK ist nicht die Interessenvertretung der evangelischen Mitglieder der CDU/CSU, auch nicht die Vertretung der Unionsmitglieder innerhalb der evangelischen Kirchen. Vielmehr geht es ihm um das Gespräch mit den evangelischen Christen über ein im Grund theologisches Problem, um die Frage nämlich der Unterscheidung von Gewissensentscheidung und gewissenhafter Entscheidung.“



*Peter Hintze (Bundesvorsitzender des EAK: 1990–1992)*

*„Das biblische Menschenbild leitet uns zu einer realistischen Politik an: Der Mensch ist unvollkommen, fehlerhaft, nicht perfekt. Politik befindet sich daher immer in einem ethischen Dilemma: Anspruch und Realität können nicht annähernd deckungsgleich sein. Aufgabe von Politik bleibt es, dennoch ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit sowie Freiheit bei innerer – und äußerer – Sicherheit zu bewahren.“*

*Jochen Borchert (Bundesvorsitzender des EAK: 1993–2003)*

*„Die Politik muss sich davor hüten, Gegensätze aufzubauen, wo keine sind, und muss Spannungen abbauen, wo unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen. Sozialer Ausgleich und innerer Friede sind nur zu erreichen und zu bewahren, wenn wir uns auch bei politischen Entscheidungen immer wieder an den Wertekonsens erinnern, der unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zugrunde liegt und der für mich geprägt ist durch das christliche Verständnis vom Menschen.“*



*Dr. Angela Merkel (Bundesvorsitzende des EAK: 1992–1993)*

*„Die Demut in unserem politischen Verständnis, das Akzeptieren, dass wir nicht allmächtig sind, muss auch heute unseren Umgang mit den Menschen und mit der Welt bestimmen. Das leitet uns heute genauso wie zu Beginn der Christlich Demokratischen Union nach dem Zweiten Weltkrieg. Daraus leitet sich auch unsere Verantwortung ab.“*



*Thomas Rachel (Bundesvorsitzender des EAK seit 2003)*

*„Der EAK ist nicht nur einer unter vielen anderen wichtigen Teilen oder Flügeln der Union, sondern er gehört vielmehr in unmittelbarer Weise zu ihrem ureigensten politischen Selbstverständnis dazu. Gäbe es keinen EAK, dann wären nicht zuletzt das politische Projekt der interkonfessionellen Zusammenarbeit und damit der „Unionsgedanke“ und das „C“ selbst in Frage gestellt.“*

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel,  
Hans-Michael Bender, Dieter Hackler,  
Norbert Kartmann, Christine Lieberknecht,  
Christian Schmidt

**Redaktion** Patricia Romanowsky, Johanna Schulze,  
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,

E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

**Druck** Druckerei Conrad

**Gestaltungskonzeption/Realisation**  
Agentur kollundkollegen., Berlin

### Fotonachweis

Grafiken Titel und Innenteil: © Iris Fischer  
S. 2 © Frank Ossenbrink; S. 3 © Joachim Wolf,

Günther Beckstein; S. 4 © Ev. Kirche Kurhessen  
Waldeck; S. 6 © Dr. Bernhard Felmberg;  
S. 7 © CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag;  
S. 9 © Dr. Thomas de Maizière/Bundesministerium der  
Verteidigung; S. 10 © Prof. Dr. Gerd Langguth

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei





## Einladung zum Festakt am Samstag, 17. März 2012



Veranstaltungsort:  
Siegerlandhalle  
Koblenzer Straße 151  
57072 Siegen

Seite 14

## Bitte unterstützen Sie die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises!

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuerrechtlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

### Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts	Bankleitzahl	Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.
Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)	Konto-Nr. des Empfängers	Bankleitzahl
E v a n g e l i s c h e r   A r b e i t s k r e i s	2 6 6 0 9 8 3 0 0	1 0 0 4 0 0 0 0
bei (Kreditinstitut)	Commerzbank Berlin	
	EUR	Betrag: Euro, Cent
Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)	6 0   J a h r e   E A K	
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)		
Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)		
Konto-Nr. des Kontoinhabers	18	

Konto-Nr. des Kontoinhabers
<b>Beleg/Quittung für den Kontoinhaber</b>
Empfänger
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Konto-Nr. _____ bei _____
266098300 10040000
EUR
Kontoinhaber/Einzahler
(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)